

Volkswacht

für Schlesien

Den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Legungspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Gluckstraße 4/6, durch die Abteilungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichsheim-Str. 105, Matthesstraße 153, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Träger- und Postgebühren, monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfachamt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gluckstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unserlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgefahrt, wenn Rückporto beiliegt

Keine grundsätzliche Aenderung des Deckungsprogramms

Volkspartei lenkt ein

Sie schluckt das Notopfer und den 5prozentigen Aufschlag zur Einkommensteuer - Hoffnung auf die Deutschnationalen

Amtlich wird mitgeteilt: In der am Dienstag und unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Brüning abgehaltenen Besprechung mit den Führern der hinter die Regierung stehenden Parteien wurde das Deckungsprogramm des Kabinetts eingehend erörtert, wobei die Parteien als Ergänzung dieses Programms Anregungen brachten. Ueber diese Anregungen wird das Reichskabinett heute nachmittag seine Entscheidung treffen und dann die Fraktion darüber zu einer endgültigen Abnahme auffordern.

Die Besprechungen der hinter der Regierung stehenden Parteien dauerten von 8 Uhr abends bis kurz vor 12 Uhr nachts. Sie führten nach unseren Informationen zu bestimmten Vereinbarungen, die eine endgültige Verständigung über das Deckungsprogramm der Regierungsparteien nach für heute, spätestens morgen, abgeben lassen. Schon aus dem in der amtlichen Veröffentlichung gebrauchten Wort „Ergänzung“ ergibt sich, diese Vereinbarungen an dem grundsätzlichen Inhalt des Deckungsprogramms nichts ändern und die Volkspartei plötzlich bestreift, sowohl das Notopfer als auch den 5prozentigen Aufschlag auf die Einkommensteuer zu schlucken. Diese Umkehr der Haltung der Volkspartei erfolgt voraussichtlich gegen die Angelegenheiten der Aufhebung der unbeschränkten Zuschüsse des Reiches zur Arbeitslosenversicherung durch den § 163 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und durch die sofortige Einführung der Kopfsteuer. Die übrigen hauptsächlich von der Volkspartei ausgehenden und von der Regierung angelegten „Anregungen“ zur Ergänzung der Deckungsprogramme laufen nur auf geringfügige Aenderungen des Deckungsprogramms hinaus.

Mit der voraussichtlichen Verständigung der hinter die Regierung stehenden Parteien wird das Kabinett eine große Sorge los. Aber diese Verständigung ist ihr noch keineswegs eine Mehrheit. Das Bedürfnis dieser Mehrheit eventuell durch Besprechungen mit der Opposition sichern zu helfen, scheint bei der Regierung zunächst nicht zu bestehen. Man gibt sich neuerdings vielmehr der Hoffnung hin, daß die Deutschnationalen Fraktion zu einem großen Teil für die Angelegenheiten eine kleine Mehrheit für das Deckungsprogramm erreicht wird. Diese Hoffnung setzt sich nicht auf sachliche Argumente, sondern ausschließlich auf die Annahme, daß die Mehrheit der Deutschnationalen Fraktion zuguterletzt, wie schon so oft, durch vor der Auflösung des Parlaments umfallen mitmachen wird, was sie kurz vorher noch „grundsätzlich“ abgelehnt hat.

Wie entstand das Kaiser-Interview von 1908?

General Wortley erzählt

London, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Im Daily Telegraph“ meldet sich am Dienstag General Wortley zu Wort, um einige Korrekturen an der Erzählung des Viscount Burnham über die Entstehung des Kaiser-Interviews anzubringen. Drei Wochen, sagt Wortley, ist er der künftige Begleiter des Kaisers während seines Aufenthalts in England gewesen. Habe der Kaiser in direkter Weise damals über alle möglichen Angelegenheiten gesprochen, jedoch sei erst im Herbst 1908 die entscheidende Unterredung gewesen. Während der Herbstferien im Saargebiet habe der Kaiser ihm seine Worte gesagt. Dem Interview im „Daily Telegraph“ wiedergegeben. Er schloß: „So fährt Wortley fort - bis an mich gerichtete

Ansprache mit der Bitte um Diskretion und mit dem gleichzeitigen Wunsch, seine Ansicht in einem führenden englischen Blatt zu veröffentlichen. Nach England zurückgekehrt, wurde dann das „Inquirer“ im Daily Telegraph“ ausgearbeitet und eine verriegelte Kopie auf dem Wege über die deutsche Botschaft nach Berlin geschickt. Wilhelm änderte eigenhändig drei Stellen und sandte den Artikel dem Fürsten Bülow. Ungelesen hat der Reichsfinanzminister das Manuskript an Baron von Stumm ausgehändigt, der es an mich zurückgab.

Dem Brief lag, wie Wortley weiter mitteilt, ein Schreiben des Kaisers bei, das Wortley im Vorlaut veröffentlicht und das mit der Randbemerkung „Vertraulich“ versehen ist. Wilhelm erklärt darin, er habe sorgfältig den Wortlaut des der englischen Presse zu übergebenden Interviews geprüft. Das Manuskript gebe in sehr vernünftiger Art die Unterhaltung bei den Kaisermandovern wieder und ebenso die Klagen, die er (Wilhelm) gegen gewisse englische Zeitungen zu erheben habe. Der Kaiser weist dann auf die drei von ihm getroffenen Aenderungen hin und ermächtigt Wortley, diesen „diskreten Gebrauch“ von dem Artikel zu machen und ihn in einer Wortley gefälligen Art zu verwenden. Das Schreiben endet mit einem

Dank an Wortley und mit dem Wunsch, daß der Artikel den Ton gewisser englischer Zeitungen ändern möge. Damit ist zum ersten Male von authentischer Seite dargestellt, wie und auf welche Art das verheerende Kaiser-Interview zustande gekommen ist.

Was sich Nazistudenten in Erlangen leisten

Sie beantworten eine Verfügung des Kultusministers mit einem Gegenanschlag am schwarzen Brett

Das bayerische Kultusministerium hat, wie erst jetzt bekannt wird, am 18. Juni eine Verfügung erlassen, durch die den Studierenden an den bayerischen Hochschulen in Zukunft nicht mehr gestattet ist, einzeln oder geschlossen in Parteiuniform und mit den parteipolitischen Abzeichen auf dem Boden der Hochschulen zu erscheinen. Zur Durchführung dieses Verbots ist den Senatoren und Rektoren die Ausübung des ihnen zustehenden Hausrechts gegenüber allen Studierenden, die gegen die Verordnung verstoßen, zur Pflicht gemacht worden.

Wie es in der Praxis mit der Durchführung des Verbots bestellt ist, hat sich an der Universität Erlangen gezeigt, wo der Anschlag der ministeriellen Verfügung am schwarzen Brett von den Nazi-Studenten mit folgendem Gegenanschlag beantwortet wurde: „Im Führerverständnis zu begehren geben wir bekannt, daß das Tragen des Parteibadens auch auf Universitätsgrund nach wie vor gestattet ist.“ Der Rektor ließ sich diese Provokation gefallen, so daß heute noch beide Anschläge nebeneinander ausgehängt sind. Dieses Schimpfbrettreiben mit der Staatsautorität an der Universität Erlangen nimmt allerdings nicht wunder. Hier durfte anlässlich der Enthüllung eines Denkmals für die Gefallenen der Universität der Vertreter der Studentenschaft ein Hakenkreuzler namens Sunel, am 1. Juli unbefehligt erklären, der heutige Staat verschmäht bewußt, die Ehre der Nation zu schützen. Die Befestigung dieses Staates ist deshalb unser oberstes Gebot.“

Volksparteiliche Rechtfertigung Hilferdings

Demokrat Reinhold verlangt die Einführung der Bürgerabgabe - und Dr. Cremer will sie durch die Hausbesitzer einkassieren lassen - Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Wienbeck flüchtet vor seiner eigenen Interpellation über den Göttinger Konsumverein

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums wird fortgesetzt.

Abg. n. Enkel (Chr.-Nat. Bauernpt.): Die Notlage des Obst- und Gemüsebauers mache einen Kurswechsel nicht nur in der Handelsvertrags-, sondern auch in der Steuerpolitik erforderlich. Ein großer Teil der Ersparnisvorschlüsse des Haushalts würde sich bei gutem Willen verwirklichen lassen. Die Reichsregierung sollte die von ihr erzielte Senkung der Realsteuern dadurch beschleunigen, daß sie die Einführung des Verwaltungsbeitrags in den Gemeinden sofort vornehme. Die Grundsteuer sei noch ungerechter als die Gewerbesteuer. Um diese ungerechten Steuern senken zu können, müsse der Verwaltungsbeitrag nach vor der Sommerpause des Reichstags beschlossen werden. Die starken Bedenken gegen eine Gemeindegründungssteuer beständen bei seinen Freunden unvermindert fort. Die Verteilung der Steuererträge müsse dem Gedanken der Schicksalsgemeinschaft des ganzen deutschen Volkes Rechnung tragen. Die im Zusammenhang mit der Preisentwertung notwendige Senkung der Löhne und Gehälter müsse direkt und einheitlich erfolgen, nicht auf dem Wege einer Sonderbelastung bestimmter Gruppen. Ein Punkt zwischen Osthilfe und Deckungsvorlagen wäre nicht zu rechtfertigen.

Abg. Dr. Cremer (D.Vp.) wirft die Frage auf, ob nicht eine Umgestaltung der Finanzverwaltung möglich wäre mit dem Ziel, diese Verwaltung übersichtlicher zu gestalten und den Reichsfinanzminister vor der Überfülle seiner Aufgaben zu entlasten. In dieser Verwaltung könnten wesentliche Ersparnisse gemacht werden: Dem Minister stimmen wir darin zu, daß gewisse Reserven angehäuft werden müssen. Wir haben immer die Forderung aufgestellt, die Finanzverwaltung zu ändern und eine gewisse Selbstbeschränkung des Parlaments in der Ausgabenbewilligung durchzuführen. Leider sind unsere dahingehenden Anträge noch nicht einmal bis zur Ausschussberatung gelangt. Große Agrarvorlagen und Hilfsprogramme sind teils verabschiedet, teils vorbereitet, ohne daß die Deckungsfrage gelöst ist. (Abg. Leicht (Bayer.Vp.): „Mit den Steuerentwerfungsplänen steht es genau so.“) Nein, das ist eine andere Frage. Das Disprogramm müßte in engem Zusammenhang mit der Deckungsfrage behandelt werden.

Es war ein Fehler, daß Hilferdings Ersparnisprogramm nicht energisch weiter verfolgt worden ist.

Die Steuern als Mittel zur Einnahmevermehrung können nicht ins ungemessene erhöht werden. Der Ertrag der indirekten Steuern findet seine Grenzen am Konsumrückgang. Das wird sich auch bei der Biersteuer zeigen. Die unheilvolle Verbindung der Finanzlage der Arbeitslosenversicherung mit der des Reiches muß getrennt werden. Andere Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenversicherung von 1920 werden jetzt zu 90 Prozent erfüllt. Viele Schwierigkeiten wären uns erspart worden, wenn man diesen Vorschlägen früher gefolgt wäre. Die Inflation der Wirtschaft wird im wesentlichen Sache der Privatinitiative sein müssen. Ihr muß freilich die Bahn frei gemacht werden durch Senkung der auf der Privatwirtschaft ruhenden Lasten. Die sogenannte Reichshilfe der Beamten ist ein Unwes, der den Eindruck erweckt, als wolle man die Steuern da holen, wo sich der schwächste Widerstand regt. (Zurufe des Abg. Schulz (Dem.): Moldenhauer!) Wenn die Deutsche Volkspartei ihre

Meinung geändert hätte, wäre mein Freund Moldenhauer heute noch Finanzminister. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß in der Zeit der Not alle Volkswirtschaften gleichmäßig zu Opfern herangezogen werden müssen und daß dann auch die Beamenschaft sich nicht ausschalten wird. Der Verwaltungsbeitrag ist keine sensationelle Neuerung. Wir haben schon in der alten Regierungskoalition Auseinandersetzungen über die sogenannte Bürgerabgabe gehabt. Mit dieser Abgabe können nicht nur die Gemeindefinanzen, sondern die allgemeinen Finanzen saniert werden. Man kann diese Abgabe zulassen und es den Gemeinden freistellen, dazu Zuschläge zu erheben. Die Realsteuern könnten entsprechend gekürzt werden. Die Einführung dieser Abgabe wäre nicht so schwierig, sie könnte auch durch Arbeitgeber und Vermieter erfolgen. (Unruhe.)

Die Ledigensteuer

muß differenziert werden nach der wirtschaftlichen Lage und nach den Verhältnissen der Ledigen. Der Aufschlag zur Einkommensteuer widerspricht dem wichtigsten Programmpunkt der Regierung, der Verheißung einer Steuerentlastung zum Zweck der Kapitalbildung. Die starke Zurückhaltung der Deutschen Volkspartei dem Deckungsprogramm gegenüber entspringt der tiefsten Sorge um die deutsche Wirtschaft. Wenn immer noch in der Presse vom Ermäßigungsgebot und von anderen Plänen gesprochen wird, so kann das nur zur Beunruhigung der Wirtschaft führen. Wir erwarten von der Regierung, daß sie versuchen wird, sich auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung eine Mehrheit zu sichern.

Abg. Colosser (Wirtsch.V.) weist darauf hin, daß die Wirtschaftspartei vergebens jahrelang die Ausgabenpolitik bekämpft habe und ewig ausgelacht worden sei. Die von der Regierung vorgelegten Staatsabträge seien gewiß zu gering, ein anhaltender Abbau sei aber nur durch Abbau von Gehältern möglich. Auch in die Gemeinden müßte Sparmaßnahme einziehen. Die Kopfsteuer und ihre Verbindung mit den Realsteuern sei deshalb nötig. Der katastrophale Konsumrückgang zeige, daß eine Besteuerung der sogenannten Genussmittel nicht mehr möglich sei. Ein Pensionskürzungsgebot werde die Wirtschaftspartei unter allen Umständen mitmachen. Darüber hinaus sei ein Abbau der Beamtengehälter, aber auch ein Abbau der Löhne und Preise der Wirtschaft sowie der angepannten sozialen Gesetzgebung notwendig. Nur wenn diese Fragen mit Entschiedenheit angefaßt werden, sei die Wirtschaftspartei bereit, eine vorübergehende Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und der Einkommensteuer für die großen Einkommen mitzumachen.

Abg. Dr. Reinhold (Dem.): Meine politischen Freunde haben es sehr bedauert, daß der Reichsfinanzminister sich am Montag darauf beschränkt hat, nur die letzte Regierungsvorlage zu verteidigen, ohne ein endgültiges Finanz- und Wirtschaftsprogramm zu entwickeln. Ohne ein solches Programm ist eine Befreiung der augenblicklichen Finanzschwierigkeiten gar nicht möglich. Wir brauchen eine organische Preisentwertungsaktion. Sie kann aber nicht erreicht werden, wenn Frauen durch Gehalt die Mieten erhöht, wenn die Gemeinden den Verkehr bezwecken, wenn die Reichsbahn die Tarife erhöhen will. Vor allem müssen die künstlich hochgehaltenen Kartellpreise gesenkt werden ebenso wie die Kartellhandelspreise. Wenn die Preisentwertung erreicht ist, dann können

Der „bescheidene“ Moldenhauer

Er verlangt dreißigtausend Mark jährliche Pension

und müssen wir auch zu einer Senkung der Löhne kommen, die nicht gegen, sondern in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen erfolgen muß. Erst dann wird auch die Beamtenfrage einer Gehaltsenkung zugänglich, während das von Dr. Moldenhauer vorgeschlagene einseitige Kopieren der Beamten mit Recht als höchst verwerflich angesehen werden kann. Es ist sehr zu bedauern, daß die Kapitalisten in jeder Form als ein Hindernis am Vaterland zu brandmarkieren. Ich würde es begrüßen, wenn bei jeder Steuererhöhung ein entsprechendes Guthaben für die Arbeiter zur Verfügung gestellt wird, welches Kapital direkt oder indirekt im Ausland angelegt ist. Dieses Kapital könnte dann höher bewertet werden als das inländische. Die Neigung zur Kapitalflucht wird geringer werden, wenn das Vertrauen der Arbeiter in die deutsche Finanzwirtschaft wieder hergestellt ist. Das kann nur geschehen durch eine grundlegende Finanzreform. Wir sind bereit, die Steuern bis in den Bereich hinein zu verlängern, um dieses große Werk recht bald zu vollenden. Wir bedauern auch, daß die Anträge Schnäber zur grundlegenden Reform der Arbeitslosenversicherung nicht angenommen worden sind. Eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen wird nur möglich sein, wenn sofort auch die Gemeindefinanzen saniert werden. Das kann geschehen durch Körperschaftsteuer oder durch eine Erhöhung der Einkommensteuer, aber es muß zugleich bestimmt werden, daß die Realsteuern der Gemeinden auf die Höhe des Vorjahres zurückgeführt werden. Ich betone mich noch wie vor zu dem Grundsatze, daß der Reichsetat hart am Rande des Defizits vorzubereitet werden muß. Der Sinn dieses Wortes ist aber, daß man nicht durch eine übertriebene Ausgabenwirtschaft, sondern durch sparsame Wirtschaft und niedrige Steuern an den Rand des Defizits kommen soll. Wir begrüßen den festen Willen des Ministers, 100 Millionen am Etat einzusparen, aber wir meinen, daß weitere Sparmaße möglich sind und daß die Vorschläge des Reichsausschusses, soweit sie nicht eine Verschärfung bestimmter Leistungen auf später wollen, manche wertvollen Hinweise dazu enthalten. Wir hoffen, daß auch die Regierung in eine sachliche Prüfung dieser Vorschläge einzutreten wird. Den Deckungsansprüchen der Regierung gehen wir außerordentlich kritisch gegenüber. (Hört! Hört!) Ein Kopieren der Beamten können wir nur billigen, wenn es sich einfügt in ein allgemeines Kopieren aller Leistungsfähigen Schichten. Die Behördenangestellten können zu einer solchen Reichshilfe nur herangezogen werden, soweit ihre Stellung ebenso gesichert ist wie die der Beamten.

Abg. Seine (Soz.):

Der vom Abg. Collofer vorgeschlagene angebliche Aufruf der Volksbeauftragten ist niemals erlassen worden, sondern eine glatte Fälschung. Das ist auch hier im Hause bereits festgestellt worden. Der wirkliche Aufruf der Volksbeauftragten ist im Reichsgesetzblatt vom 12. November 1918 veröffentlicht. In welchem Teile die Volksbeauftragten ihr Amt übernommen haben, zeigte folgende Ausführungen Friedrich Eberts bei der Übernahme der Geschäfte: „Ich weiß, daß es vielen schwer wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben. Aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volk. Ein Verlagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend überliefern. Helft also, dem Vaterland durch fruchtbares und ununterbrochenes Weiterarbeiten, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.“ (Hört! Hört! links.)

Der abgetretene Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer fordert vom Reich eine Pension von rund 30 000 Mark jährlich. Als Moldenhauer noch in Amt und Würden war, hat er ein Gesetz unterzeichnet, nach dem ausgetretene Reichsminister keine Pension, sondern nur noch ein Übergangsgeld für einige Jahre erhalten sollen. Das Gesetz enthält eine Klausel, daß Minister, die zur Zeit der Verkündung des Gesetzes im Amte waren, ihre Pensionierung nach dem alten oder dem neuen Gesetz beantragen können. Gestützt auf diese Klausel fordert Moldenhauer jetzt auf Kosten der Steuerzahler einen „Sprengel“ auf Gehalt!

Man muß es Herrn Moldenhauer lassen: So liebedürftig wie er als Finanzminister des Reiches zu rechnen pflegte, so genau rechnet er für sich. Zwar hat er bedeutsame Spuren seiner

Tätigkeit nicht hinterlassen, doch scheint er diese nach Forderung nicht gerade gering einzuschätzen. Auf jeden Fall aber ist der Herr Moldenhauer ein jener Patrioten und Vaterlandsliebenden deutschen Männer es verstehen, nicht zu kurz zu kommen. Das muß man niedriger hängen.

Frei wird immer unverfälscht

Er beruft die ernannten Nazi-Politikdirektoren zum Disziplinieren ernannten rechtsstehenden bzw. nationalsozialistischen Beamten haben inzwischen ihre Ämter angetreten. Der Dienstantritt erfolgte auf ausdrückliche Anweisung des Reichspräsidenten. Er hat es also nicht für notwendig befunden, die Entschiedenheit des Staatsgerichtshofes über den Konflikt mit dem Reich abzuwarten.

Nun zu der Interpellation, die der deutschnationale Abg. Dr. Wendt eingebracht, aber nicht begründet hat; er hat vielmehr sechs Tage Urlaub genommen. Diese Interpellation ebenso wie eine Anfrage im Preussischen Landtag behauptet, daß die Konsumvereine zu Unrecht steuerfrei seien, daß sie aber trotzdem Steuer hinterziehen, und daß der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding sie aus Gründen der Freundschaft von der Körperschaftsteuer befreit habe. Sowohl die Interpellation wie die Anfrage im Landtag sind noch vor der Einbringung veröffentlicht worden, woraus die Absicht deutlich genug hervorgeht, die Öffentlichkeit gegen die Genossenschaften einzunehmen. Die Interpellation weist auf den Konsumverein Götlich hin. Nach § 42 des Körperschaftsteuergesetzes sind Genossenschaften, die einem Revisionsverband angehören und die ihren Geschäftsbetrieb auf ihre Mitglieder beschränken, von der Körperschaftsteuer frei. Ein Verkauf an Nichtmitglieder kann höchstens durch Unachtsamkeit oder Versehen oder aber durch Verleitung erfolgen, die von Spiegeln aus bösem Willen verübt wird. Bis 1929 haben die Finanzämter und der Reichsfinanzhof in ständiger Praxis solche unerlaubten Übergriffe nicht als Grund zur Veranlagung der Körperschaftsteuer angesehen. Seit 1929 ist das aber geschehen, und zwar auch dann, wenn die Übergriffe von Mitgliedern des Vereins aus nur den Bruchteil eines Prozents betragen haben. Infolge dieser geänderten Praxis ist man zur Heranziehung der Genossenschaften zur Körperschaftsteuer übergegangen und die Beschwerden dagegen sind zum Teil abgewiesen worden. Man hat aber die Körperschaftsteuer dann vom Jahre 1924 an nachgefordert, obgleich gar keine Mittel dafür vorhanden

sein konnten, da doch der Ueberschuß den Mitgliedern zurückbehalten wird, und die Konsumvereine bei ihrer Kalkulation Steuerbeträge gar nicht mit einrechnen konnten. So war es im Konsumverein Götlich. Während die Interpellation behauptet, dort seien bewußte Hinterziehungen begangen, Steuerstrafen verhängt worden, erklärt der Konsumverein diese Behauptungen vollkommen unrichtig. Die Wahrheit ist, daß das Finanzamt eine Überprüfung vornehmen ließ. Grund deren die Körperschaftsteuer rückwirkend für 1928 veranlagte, weil über den Mitgliederkreis hinaus veranlagt worden sei. Der Konsumverein ist der gegenteiligen Ansicht, hat sich an das Reichsfinanzministerium mit dem Antrag gewandt, wenigstens die Körperschaftsteuer für die letzten ausgezahlten Rückvergütungen zu erlassen. Das geschah auch, und zwar für 1925/26 im Betrage von 70 326 Mark, für 1926/27 im Betrage von 117 382 Mark. Im übrigen für die Reingewinne die Körperschaftsteuer bezahlt worden.

Der Konsumverein Stuttgart mit einem Jahresumsatz von 42 Millionen soll wegen einer 0,2prozentigen Ueberschreitung Mitgliederbeiträge für diese gewaltige Summe die Körperschaftsteuer zahlen! (Hört! Hört! links.) Die Erlasse des Reichsfinanzministers vom 5. Juli und 5. Oktober 1929 haben die Billigung der Konsumvereinsmitglieder gefunden, und im Ueberschuß ein Wirtschaftsparteiler fertig dagegen gemeldet. Dabei hat der wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Bormann seinen Genossenschaften in einem Rundschreiben das gleiche Wort unter eindringlichem Hinweis auf diese Erlasse des Reichsfinanzministers dringend empfohlen. (Hört! Hört! links.)

Wir beklagen uns nicht über den Kampf gegen uns, wenn er mit offenem Messer geführt wird, aber die Kampfesweise der Wirtschaftspartei und der deutschnationalen verdient diese Bezeichnung nicht,

sondern geht darauf aus, unsere Organisationen, deren Prominenteste und unsern Dr. Hilferding als damaligen Finanzminister herabzusetzen. Mit allen möglichen Manipulationen versucht man seit Jahren, die Ueberschreitung des Mitgliederkreises zu provozieren. Ein dieses Buch könnte man das schreiben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir gehen dem nicht aus dem Wege, auch jetzt nicht, wo man das Versteckspiel mit der Sondersteuer den Hals zuschnürt. Weil all diesen Dingen können die Konsumvereinsbewegung nicht aufhalten.

Wenn Sie aber auf alles stolz sein wollen, was deutsche Arbeit leistet, dann sollten Sie stolz sein auf die Genossenschaftsbewegung, die niemals von einer Regierung Unterstützung erbetet, sich kraftbewußt selbst emporgehoben hat, die drei Millionen Familien Mitglieder vermittelt zur Barzahlung und zur Selbstverwaltung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten errogen hat.

Wer aber mit solchen Mitteln gegen die Konsumvereinsbewegung kämpft, richtet sich selbst, nicht sein Ansehen, wird aber niemals Konsumvereinsbewegung niederwerfen können. (Leb! anhaltender Beifall der Soz.)

Ministerialdirektor Jardeh verteidigt gegenüber den bürgerlichen Parteien die Steuererläßpraxis gegenüber Genossenschaften. Vorheraussetzungen des Umfanges die Grundlage der Steuererhebung, nie völlig sicher sein können. Von einem Verfahren gegen den Konsumverein Götlich, der Steuererstattung für seine Umfahrungsvergütung erhielt, sei keine Rede gewesen. Solche Straf- und Steuererläßpraxis würden nur gegen die Konsumvereine eröffnet, die nachwärtig an Nichtmitgliedern verkaufen.

Das Haus verlag die Weiterberatung um 18 1/2 Uhr Mittwochs 16 Uhr. Außerdem dritte Beratung des Gesetzes den endgültigen Reichswirtschaftsrat.

Kurze Meldungen

Urteil im Meußbörffer-Prozess

München, 9. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Im Meußbörffer-Prozess wurden die Angeklagte Schuberth und Bopp zu sechs Jahren bzw. vier Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil erfolgte wegen eines Verbrechens des besonders schweren Raubes. Wegen der Minderjährigkeit der Bestimmung, der das Verbrechen entsprang, wurde zugleich auf fünf Jahre Ehrverlust und wegen der Gemeingefährlichkeit der Angeklagten auf Zuchthausstrafe erkannt.

Eisenbahnzug fährt in Kraftwagen

Am Dienstag abend wurde bei Groß-Kreuz (Marz Brandenburg) ein mit sechzehn baltischen Studenten besetzter Kraftomnibus von einem Zuge der Berliner Kleinbahn überfahren. Ein Student wurde getötet, vier mussten mit lebensgefährlichen Verletzungen abtransportiert werden. Das Unglück ereignete sich an einem ungeführten Bahnübergang.

Fünf Personen des verunglückten Flugbootes vermisst

Stettin, 9. Juli. (Eig. Funkenbericht.)

Von den seit dem Unglück des Dornier-Wals vermissten fünf Passagieren des Flugbootes ist bisher noch niemand aufgefunden worden. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die fünf Personen ein Opfer des Unglücks geworden und in den Wellen der hohen See umgekommen sind. Die Bemühungen um die vermissten Personen werden jedoch fortgesetzt.

Polnische Flieger

wurden in den letzten Tagen über Wilkau geschickt. Es handelte sich um mehrfaches Ueberfliegen deutschen Gebietes, bei dem ungefähr sechs Flugzeuge geschickt wurden.

Schwere Explosion in einer Stockholmer Fabrik

Drei Tote

Stockholm, 8. Juli.

Eine schwere Explosion ereignete sich heute vormittag in einer Feuerwerksfabrik in der Stockholmer Vorstadt Sundbyberg. Drei Arbeiter wurden getötet und eine Anzahl verletzt. Die Fabrik brannte bis auf die Grundmauern nieder.

Schwere Zusammenstöße in Kasratt

London, 9. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

In Kasratt (Ägypten) kam es nach hier vorliegenden Meldungen am Dienstag anlässlich des Besuchs des früheren Premierministers Nahas Pasha zu ersten Zusammenstößen. Sechs Personen wurden getötet, 46 schwer verletzt. Das Exekutivmitglied des Wafd, der Abgeordnete Hannu, erhielt einen Bajonettstich durch den Arm, der frühere Ministerpräsident Nahas Pasha wurde vorübergehend verhaftet, konnte jedoch gegen Abend seine Reise nach Kairo fortsetzen.

12 Tote bei einer Messerstecherei mexikanischer Bauern

Regito-City, 9. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Zwischen feindlichen Bauerngruppen der Städte Copatlan und Huicachi im Bundesstaat Guarruato kam es nach den hier vorliegenden Meldungen um den Wochtag größerer Vandalereien zu schweren blutigen Auseinandersetzungen. Zwölf Personen wurden getötet, zahlreiche schwer verletzt. Die Bundesstruppen konnten erst nach langen Bemühungen die Ordnung wieder herstellen. Zahlreiche an der Schlägerei beteiligte Einwohner wurden festgenommen.

Der Prozeß Gerd Wieringer

Gedichte einer Liebe von Julius Wolffsohn

(7)

(Nachdruck verboten!)

In einem Nachmittags spielte ich mit einigen Mitgliedern unseres Orchesters Kammermusik. Auf einmal durchdrang es mich da, wie ein elektrischer Schlag. In diesem Augenblick wußte ich mit aller Bestimmtheit, daß Betty wieder hier sei. Es war mir unendlich, noch weiter zu spielen. Ich ging fort, aber ich war kaum hundert Schritte gegangen, als ich Betty schon von weitem sah. Sie trug an jenem Tage ein dunkelblaues Kostüm und dazu einen braunen, breitrandigen Hut. Es sah mir, als sei sie noch schöner als ich sie in der Erinnerung hatte.

Er frohte, und Dr. Sachl konnte es sich nicht enthalten, eine Auskunft zu geben:

„Ja, sie ist sehr schön! Ich habe sie bestimmt nicht, aber das muß ich sagen, daß sie wirklich sehr schön ist. Ich kann mir gut vorstellen, daß sie selber, als ihr Gesicht noch nicht so errotet war, noch schöner ausgesehen haben muß!“

„Sie war sehr schön, die Betty, wiederholte Gerd, und doch hat ihr ihre Schönheit kein Glück gebracht. Ihre Mutter, — nun, sie wußte es nicht selber, — der ihr viel genug den Kopf verwehrt, sie sei schön genug, um immer einen Mann finden zu können. Die Betty es nicht nötig, die soll es haben, und ich habe mich nicht um sie gekümmert. Ich habe mich um die Betty gekümmert, die ich liebte, die ich liebte, die ich liebte. Ich habe mich um die Betty gekümmert, die ich liebte, die ich liebte, die ich liebte. Ich habe mich um die Betty gekümmert, die ich liebte, die ich liebte, die ich liebte. Ich habe mich um die Betty gekümmert, die ich liebte, die ich liebte, die ich liebte.“

„Hätten Sie das Mädchen geliebt, wenn es nicht so schön gewesen wäre?“ fragte Dr. Sachl.

Nach kurzem Nachdenken erwiderte Gerd: „Ich glaube — ja. Denn, haben Sie, ich habe Sie geliebt, als Sie mir fern war. Ich habe mich nach ihr gesehnt, als wir nicht mehr zusammen sein konnten. Glauben Sie, daß es ihre Schönheit war, welche mich nie vergessen ließ. Es muß doch wohl etwas mehr gewesen sein.“

Der Andere gab das zu, und Gerd fuhr in seiner Erzählung fort:

In der nächsten Zeit waren wir häufiger zusammen. Wir gingen in Konzerte ins Theater, wir trafen uns zuweilen auch irgendwo in der Stadt. Kurze Zeit darauf reiste sie mit einer Freundin an die Nordsee. Wieder war ich allein. Diesmal schrieb ich zuerst. Ich schrieb ihr von allem, was sie und mich betraf. Von der Einsamkeit meines Lebens, von meiner Sehnsucht nach einem Menschen, von meiner Liebe zu ihr, — ach, ich weiß nicht mehr, was ich ihr noch mehr schrieb. Sie antwortete mir bald, nicht ganz so, wie ich es erwartet hatte, aber sie schrieb sehr, sehr herzlich, und schickte mir zwei kleine Photographien mit.

Wenige Tage später wußte ich nach Hamburg fahren. Ich fuhr an einem Donnerstag, weil ich mir ausgerechnet hatte, daß ich dann die Sonnabendvormittag fertig sein könnte. Dann wollte ich nach Nordsee hinüberfahren, um Betty zu sehen. Unglücklicherweise war einer der Boote, die ich sprechen mußte, verfault. Dadurch verbot sich alles, und so wurde ich erst am Spätnachmittag fertig. Der Dampfer war bereits fort. Ich mußte ein Flugzeug zu bekommen. Auch das war vergeblich. Ich verließ in Nordsee anzufragen. Die Leistung war gelindert. In jenem Augenblick sah ich zum ersten Male Betty wegen der Fahrt. Die Schönheit nach der mir so überaus lieblich geworden.

„Sie waren schön, in der Zeit, da Sie zurückkommen sollte, ich habe mich um Sie gekümmert, die ich liebte, die ich liebte, die ich liebte. Ich habe mich um die Betty gekümmert, die ich liebte, die ich liebte, die ich liebte. Ich habe mich um die Betty gekümmert, die ich liebte, die ich liebte, die ich liebte.“

Bis jetzt war zwischen ihr und mir nie etwas gesprochen worden. Sie hätte nicht hätten sollen dürfen. In einem Abend als ich ihr auf ihren Wunsch hin, einen Teil aus der ersten Einfolge vorgelesen hatte, sagte sie mir zum erstenmal:

Einen solchen Ruh hatte ich bis dahin noch nie empfunden. Er war von solcher Reue, Reinheit und doch voller und Bewußtheit! Es war einer von jenen Klüssen, die man im Leben vergißt. Von nun an jedoch wuchs die erotische Spannung zwischen uns. Alles blieb noch verborgen, aber die sprachen deutlicher, und ein Händedruck verteilte mehr, als viele Worte hätten könnten.

Und eines Tages sprach ich zu ihr davon, daß ich sie mehr erhoffte, als eine Freundschaft, eine Liebe. Sie verstand mich. Sie glaubte im ersten Augenblick an Körperliche Dinge. Ich beruhigte sie. Nicht das wollte ich. Ich wollte sie heiraten. Das hatte sie nicht erwartet. Sie schweig. Aber sie dann in die Arme nahm, da küßte sie mich mit solcher Innigkeit und Hingabe, wie nur ein Mädchen küßen kann, das liebt!

„Haben Sie in dieser Zeit“, fragte Dr. Sachl, „nicht gearbeitet?“

Gerd verstand nicht sofort. „Gearbeitet? Natürlich habe gearbeitet! Sogar mehr denn je! Damals habe ich über drei angefangen, richtig zu arbeiten!“

„So meinte ich das nicht“, erwiderte der andere. „Ich frage, ob dieses Erleben nicht körperlich in Ihnen wirkt.“

„Doch, o doch!“ rief Gerd sehr lebhaft aus, ich habe geschrieben in jener Zeit!“

„Sind Ihre Gedanken niemals ausgeführt worden? Es Ihnen bei Ihren Verbindungen doch nicht schwer fallen zu können?“

„Sie haben recht, Dr. Sachl! Aber, haben Sie, wenn Sie meinen Worten, welche ich für Betty und um Betty geschrieben habe, ist sie eines ausgeführt worden!“

Dr. Sachl schaute. „Das verstehe ich nicht“, erklärte er. „Nur das, was ich Ihnen sagte, ist es nicht. Sie haben mich nicht geliebt, das habe ich Ihnen gesagt. Sie haben mich nicht geliebt, das habe ich Ihnen gesagt. Sie haben mich nicht geliebt, das habe ich Ihnen gesagt.“

Ausbau der Krisenfürsorge?

Der sozialpolitische Ausschuss hält eine solche für umso mehr eine Aufgabe der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten abgelehnt

Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages lehnte am Dienstag die Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten auf Ausbau der Krisenfürsorge ab.

Der Reichsfinanzminister erklärte im Verlauf der Debatte, daß ihm vorläufig die Mittel irgendwelcher Art für Ausgestaltung der Krisenunterstützung nicht zur Verfügung stehen. — Schneider (Dem.) wies darauf hin, daß Abbau von der Arbeitslosenversicherung zwangsläufig zu einer Verstärkung der Krisenfürsorge führen müsse. — Abg. Gerlach (Soz.) kritisierte, daß der Reichsarbeitsminister sich zu der sozialpolitischen Notwendigkeit der Erweiterung der Krisenfürsorge nicht äußere. Der sozialdemokratische Antrag bezwecke, die Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen, auszuweiten und die Bezugsdauer der Krisenunterstützung die Dauer der Arbeitslosigkeit zu ersetzen. Der Vorstand

der Reichsanstalt habe den gleichen Vorschlag gemacht. Mit der Erklärung des Finanzministers könne sich der Ausschuss nicht abfinden.

Reichsarbeitsminister Stegerwald trat den Ausführungen des Reichsfinanzministers im wesentlichen bei und verteidigte es, für die Anträge über den Ausbau der Krisenfürsorge irgendeine Erfüllung in Aussicht zu stellen. — Müller-Lichtenberg (Soz.) unterrichtete, daß nach § 101 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes heute die Voraussetzungen gegeben sind, unter denen der Arbeitsminister die Ausdehnung der Krisenfürsorge vorzunehmen hat. Nach einer Statistik des Baugewerksbundes hätten im vorigen Jahr von 500 000 Mitgliedern nicht weniger als 50 000 keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erwerben können.

Am Mittwoch wird der Ausschuss mit der Beratung der Novelle zur Krankenversicherung sich beschäftigen.

Der Zollkampf der englischen Zeitungsfürsorge

Baldwin streckt die Waffen vor Beaverbrook und Kothermere Ein Misstrauensantrag Baldwins gegen die Arbeiterregierung

London, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Wenn das von den englischen Zeitungsfürsorgern inszenierte mit einem beispiellosen Propagandaaufwand durch ganz England geschleifte Bantier-Wanienfest zur Erhöhung der Schutzzölle einen ersten großen Erfolg zu verzeichnen so ist es der Unfall Baldwins und seine Kapitulation vor Beaverbrook und Kothermere. Den Stein ins Rollen gebracht der Kampf um die Kandidatur zu einer Nachwahl in Nord-Stafford in Hand mit den Presselords wurde ein Misstand aufgestellt, der in offener Auflehnung und Bruch mit dem Willen und seines Parteiführers ein Bekenntnis zu den Forderungen von Beaverbrook und Kothermere ablegte. Alle Erregungen und Drohungen des konservativen Parteivorstandes an die Kandidatur blieben fruchtlos. Das Ende war die Konferenz, in der Baldwin unter stürmischem Beifall die eigene Abrechnung mit seinen persönlichen und politischen Feinden innerhalb der eigenen Partei hielt. Selten ist eine so schmutzige Wäsche in England gewaschen worden, wie die dieser Versammlung. „Stinkende Kandidaten“ nannte Baldwin Gefolgsleute der Beaverbrook und Kothermere. „Ich werde den, wer die schmutzigen Finger hat.“ Der konservative Parteiführer sprach nicht einmal zurück, von den Repräsentanten sprechen, die das politische Leben Englands vergifteten und verunklärten: „Ich werde dem Lande zeigen, wer die Herzen sind, den Kampf durchzuführen bis zum letzten Ende!“

Kaum zwei Wochen sind seitdem ins Land gegangen, und die Unterwerfung Baldwins ist da. Nachdem er sich ursprünglich geweigert hatte, im Wahlkreis Nord-Morfolk zu kandidieren, schied er jetzt an den Kandidaten Coof einen Brief, der die Schmach des Scheiterns an dem Parteivorstand, die Kapitulation und den Anfall vor den im Wahlkreis anwesenden Presselords verbergen soll. Nicht allein, daß Baldwin in diesem Brief die Kandidatur Coofs unterfützte. Er legt auch ein öffentliches Glaubensbekenntnis für die bisher von ihm bekämpfte Politik der Lebensmittelpolitik ab. Er betet dadurch an, was bisher verdrängt.

Das Geschehen und das Kopfschütteln im konservativen Lager wird verstärkt durch einen von Baldwin und Chamberlain am Dienstag im Unterhaus eingebrachten Misstrauensantrag gegen die Arbeiterregierung, in dem die Regierung angeklagt wird, nichts gegen die Wirtschaftskrise zu tun zu haben, indem sie die Zölle nicht erhöht habe. Baldwins und Chamberlain offen für die Forderung der Zeitungsfürsorge ein. Vollständiger konnte die Kapitulation des konservativen Parteiführers nicht werden. Die Beaverbrook- und Kothermere-Presse feiert spaltenlang ihren Triumph und verbeißt sich selbst den Spott nicht über den zu Kreuz gezogenen Führer, indem sie ihn in Wort und Schriftatur den von der Steger führen läßt. Gestern noch auf stolzen Rossen, heute auf dem Boden. Es darf jedoch jetzt bezweifelt werden, ob der konservative Führer seine jetzt langsam schwer erschlaffte Haltung nach diesem Prestigeverlust noch lange überleben kann. Der hat die Baldwin-Richtung innerhalb der Konservativen Partei die Niederlage des konservativen Kandidaten geradezu beigegeben.

Dieser Gefahr bewußt, haben die Zeitungsfürsorge das Rechte gegeben, um ihrem Günstling und Anhänger den Sieg über die Kandidaten der Arbeiterpartei, Frau Noel Buxton, zu versichern. Mit einer Spannung ohnegleichen erwartet England das Ergebnis des Wahlkampfes. Sollte die Arbeiterpartei den Sieg verlieren so wird es in Ehren gehen. Sollte sie nicht Cool infolge des ungeheuren Wanders der Zeitungsfürsorge in das Unterhaus ein. Die konservative Partei würde jedoch an diesem Sieg wenig Freude haben. Die Presselords würden stumm sein denn je ihr Recht die Parteiführung geltend machen. So oder so: einer liegt die schon auf der Waage, das ist Baldwin. Er hat seine Hände abgewaschen, und seine Feinde werden ihm trotz aller Felle und Kapitulationen nicht verzeihen.

Briand Rundfrage

im Streit der Meinungen

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die europäische Rundfrage Briands scheint auf politische Einstellung der europäischen Nationen wie ein Scheidewasser wirken zu wollen. Schon jetzt haben sich wohl erst drei offizielle Antworten am Quai d'Orsay eingestellt sind, nämlich zwei Parteien gebildet: unter Führung Frankreichs und der Kleinen Entente die Partei für die Festhaltung des augenblicklichen Vertragszustandes, unter Führung Italiens die Partei für die Revision der Verträge.

Obwohl die Reaktionen unter sich selbst endlos gespalten sind, jeder unter ihnen etwas anderes befragt, hat die italienische Partei doch in Paris wie ein Donnersturm gewirkt. Man ist sich natürlich bewußt, daß Mussolini mit der Revision der Verträge ein Verstoß gegen die Prinzipien der Völkerrecht ist, aber man ist doch erpicht, die Revision der Verträge in Italien zu führen. So erfüllt der „Matin“ bereits dieser Tage, daß Italien in der Verhandlung mit Frankreich finanzielle Unterstützung, eine bessere Konzeptionsweise, ein stärkeres militärisches und eine stärkere diplomatische Unterstützung mit

Für Lardieu wird es ungemütlich

Zwei Niederlagen an einem Tage

Paris, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die Regierung Lardieu hat sich am Dienstag im Senat und im Parlament zwei Schlägen ausgesetzt.

In der Kammer begann am Dienstag die Debatte über die neue Petroleumkonvention. Sie fand aber ein schnelles Ende, da die Kammer sich mit 297 gegen 273 Stimmen weigerte, überhaupt in die Diskussion einzutreten. Es handelt sich bei dieser Konvention um die Ausdehnung des 20prozentigen Anteils Frankreichs an den hypothetischen Petroleumquellen von Mosul. Diesen Anteil hat die Regierung Poincaré vor den Neuwahlen vom Jahre 1924 einer Privatgesellschaft, der Compagnie Française des Pétroles zugekauft, ohne daß dieses Abkommen je vom Parlament ratifiziert worden wäre. Am Dienstag wollte die Regierung Lardieu, auf diesem nie genehmigten Abkommen aufbauend, der Compagnie auch noch das Petroleummopol in Frankreich ausschütten und zwar durch die Bestimmung, daß alle Händler bei ihr 25 Prozent ihres Bedarfs decken müssen. Der sozialistische Parteiführer Léon Blum protestierte gegen die Ungeheuerheiten und verlangte, daß die Konvention von der Tagesordnung abgehakt werde, bis der erste Poincaré-Vertrag genehmigt sei. Obwohl die Regierung mit den niedrigsten Mitteln gegen die Opposition vorging — einige Reichsblätter beschuldigten Léon Blum, daß er von einer Konkurrenz-Petroleumgesellschaft indirekt besessen worden sei — schloß sich die Mehrheit des Parlaments Blums Protest gegen den staatlichen Petroleumstand an. In Vorauszahlung seiner Niederlage hatte Lardieu darauf verzichtet, die Vertrauensfrage zu stellen.

Im Senat kam es bei der Interpellationsdebatte über einen Amtenfall am Lehrerseminar von Auch, dessen Schüler die Erlaubnis zur Teilnahme an einer republikanischen Kundgebung nicht erhalten hatten, zu einer grundsätzlichen Debatte über die Laienangelegenheiten. Lardieu hatte die Unvorsichtigkeit begangen, die Entzückung der Senatoren als unangebracht zu bezeichnen und die Vertrauensfrage zu stellen. Er „regte“ mit einer Stimme. Mit 140 gegen 130 Stimmen lehnte der Senat das von dem Interpellanten Philip eingebrachte Misstrauensvotum ab.

Tagungsabschluss der deutsch-russischen Schlichtungskommission

Moskau, 9. Juli.

Die deutsch-russische Schlichtungskommission, die in Moskau seit dem 16. Juni tagte, hat am gestrigen Dienstagabend, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion mitteilt, ihre Arbeit beendet. Die Ergebnisse der Tagung werden in einem gemeinsamen Bericht dargelegt, der den beiden Regierungen unterbreitet werden wird. Nach Beendigung der Sitzung tauschten Reichsminister a. D. von Kaumer und Simonjoff freundschaftliche Abschiedsworte aus. v. Kaumer ist bereits nach Berlin abgereist, während das Mitglied der deutschen Kommission von Molke und die deutschen Sachverständigen in Moskau bleiben, um den Bericht der Schlichtungskommission auszufertigen.

Niederlage der hannoverschen Reaktionäre

In dem Streitverfahren zwischen der sozialdemokratischen Mehrheit des Stadtparlaments und dem reaktionären Magistrat hat die Stadterhaltung eine schwere Niederlage erlitten.

Der Provinzialrat der Provinz Hannover hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten Koste den Spruch des Rechtsausschusses als erster Instanz aufgehoben und entschieden, daß das Ortsstatut betreffend die Zusammensetzung des Magistrats in der bisherigen Form bestehen bleibt. Danach wird der Magistrat wie bisher aus 15 besoldeten Magistratsmitgliedern bestehen. Der Abbauschluß des Magistrats ist infolgedessen hinfällig. Sobald die preussische Regierung den Spruch des Provinzialrats bekräftigt hat, werden ein sozialdemokratischer Bürgermeister und drei sozialdemokratische Senatoren in den Magistrat von Hannover einziehen.

Am die Abschaffung der Todesstrafe

London, 9. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Ein von der Labour-Regierung vor längerer Zeit beauftragter und aus allen Parteien zusammengesetzter parlamentarischer Ausschuss beschäftigt sich zurzeit mit der Frage, ob die Todesstrafe abgeschafft oder beibehalten werden soll. Am Dienstag wurde u. a. der Erzbischof von York gehört, der sich energig gegen die Todesstrafe erklärte. Sie widerspreche dem Geist der christlichen Religion. Eine physische Vernichtung könne höchstens gegen einen Menschen vollzogen werden, wenn er ein völliger Teufel sei. Aber ein berartiges menschliches Wesen liege auf Erden nicht vorhanden und für jeden Menschen gebe es eine Hoffnung auf Besserung. Nur die Abschaffung der Todesstrafe und nicht ihre Beibehaltung könne die Zahl der Mordvergehen vermindern.

Die Antwort der Reichsregierung auf Briands Europa-Memorandum

Die in den nächsten Tagen in Paris überreicht werden wird, dürfte im wesentlichen auf die Erklärung der Bereitwilligkeit zur Teilnahme an den für September in Genf geplanten weiteren Verhandlungen hinauslaufen. Jedoch, was die Haltung des französischen Außenministers grundsätzlich betrifft, wird man doch zunächst vermeiden, dem Gedanken eines Paktes der europäischen Staaten näher zu treten und eine Reihe von Fragen und Bedenken formulieren, die in der Konferenz der Regierungsvertreter zu diskutieren wären.

Die deutsche Regierung lehnt eine Union ab, die darauf hinausläuft, den durch die Friedensverträge geschaffenen Zustand zu stabilisieren. Sie wünscht vielmehr die Schaffung von Garantien für die Ermöglichung einer Revision der Verträge, und zwar von Garantien, die über die Bestimmungen des Artikels 19 des Völkervertrages hinausgehen. Weiter wird in der Antwort auf die Notwendigkeit einer stärkeren Betonung der wirtschaftlichen Ziele hingewiesen werden, deren Verwirklichung nicht wie Briand es will, von der vorherigen Lösung der politisch-militärischen Probleme abhängig gemacht werden darf. Schließlich wird man auch auf die Gefahren hinweisen, die durch einen neuen organisatorischen Aufbau (besonders europäisches Sekretariat usw.) dem Organismus und der Bedeutung des Völkervertrages erwachsen können. Es wird damit gerechnet, daß am Ende der Genfer Besprechung im September die Einsetzung einer Studient Kommission stehen wird, die alle Details des Planes einer genauen Prüfung unterziehen soll.

Kleine Entente und europäische Probleme

(Von unserem Bukarester Korrespondenten)

Die Tagung der Kleinen Entente in der hohen Laiza ist zu Ende. Das Ergebnis ist sehr mager: Abschluß eines rumänisch-jugoslawischen Handelsvertrages, gemeinsame Richtlinien in der Frage der Organisation und des Funktionens der durch die Haager und Pariser Verträge vorgesehenen Institutionen für die Disputationen, theoretische Betrachtungen über eine noch engere Zusammenarbeit der Staaten der Kleinen Entente sowie Erörterungen über das neue Statut des Verbandes.

Die von drei Außenministern Jugoslawiens, Rumaniens und der Tschechoslowakei der Presse gegebenen Erklärungen über die Arbeiten der Konferenz sind oberflächlich. Neues wird im Grunde genommen überhaupt nicht gesagt. Herr Beneš feierte den zehnjährigen Bestand der Kleinen Entente und unterstrich, daß sie in diesem Zeitraum stets ein Instrument des Friedens gewesen sei, und Herr Markoff, der jugoslawische Außenminister, forderte unter Hinweis auf die allen Staaten gemeinsame landwirtschaftliche Krise einen neuen wirtschaftlichen und zolltechnischen Zusammenschluß aller kleinen Landwirtschafts- und Industriestaaten. Abgesehen von dem rumänisch-jugoslawischen Handelsvertrag, der ja im Grunde genommen nicht direkt in den Aufgabenkreis der Kleinen Entente gehört, ist die erste Tagung des Verbandes in Stridschloß ohne Verwirklichung auch nur eines Programmpunktes verlaufen, obgleich der Haager Außenminister noch vor wenigen Monaten ausführlich in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen hatte, daß die nächste Konferenz der Kleinen Entente eine gemeinsame Wirtschaftspolitik schaffen würde, die es gestattet werde, gemeinsame Unternehmungen auf dem Gebiete der Produktion und der Warentransporte zu unternehmen. Diese Unternehmungen sind, abgesehen von der Möglichkeit von regionalen Handelsverträgen in Zentral- und Ost-Europa, die im gemeinsamen Interesse der Teilnehmerländer im Hinblick auf die Donauregionen hätte geben können. Die Konferenz hat jedoch gezeigt — und das werden in Bukarest vollenden Minister Markoff und Markoff politisch geben die Tagung als unproduktiv an — daß die Kleinen Entente in der rumänisch-jugoslawischen und der tschechoslowakischen Beziehung weit auseinandergeraten, daß eine Einigung auf eine ge-

meinsame Basis fast unmöglich ist. Und da der Vorrang der Wirtschaft vor der Politik immer stärker hervortritt und der Versuch einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Stridschloß definitiv aufgegeben wurde, verzicht trotz aller gegenseitigen Versicherungen die Kleine Entente immer mehr ihren Inhalt.

Auf politischem Gebiete befaßte sich die Tagung an erster Stelle mit dem Briand'schen Memorandum, das, abgesehen von den Regierungen Bulgariens, Serbiens und Jugoslawiens, von Rumänien abgelehnt wurde. Diese Zustimmung wurde auch von Rumänien abgelehnt, obgleich Bulgarets keine Souveränität in einer europäischen Union als bedroht empfindet.

Mit besonderer Deutlichkeit befaßte man sich mit den Beziehungen zu den Nachbarstaaten und insbesondere mit der Möglichkeit einer Nachfolge der Kaiserin der ungarischen Krone. Es ist ungeschwehrt, daß Herr Rumänien und Jugoslawien im härtesten Gegensatz zu der Tschechoslowakei stehen und daß es in der Laiza über den Antrag Beneš, die Rückkehr eines Habsburgers auf den ungarischen Thron nicht als hochaktuelle Frage zu betrachten, zu scharfen Meinungsverschiedenheiten gekommen ist. Die von Rumänien beabsichtigte jährliche Manifestation der Kleinen Entente gegen die Habsburger Dynastie dürfte somit unterbleiben, was Rumänien und Jugoslawien außerordentlich verärgert hat, da Beneš seinen Standpunkt nach wie vor aufrechterhält.

Das Resultat der ersten Konferenz der Kleinen Entente erfüllt somit keinesfalls auch nur im entferntesten die Erwartungen, die man in sie setzte. Ein Teil der europäischen Presse wird bereits wissen, daß Stridschloß die Welt im Augenblick der Außenminister Brugs, Benesch und Beneš gewesen ist und daß in Zukunft die Kleine Entente lediglich dem Namen nach weiter besteht. Offensichtlich stehen die Drohpfeile über das Ziel hinaus, da Fragen des Bruchs der formalen Zusammenhalt wohl auch in der nächsten Tagung bedingten. Was naturgemäß nicht an der Laiza, sondern an der politischen Seite der Kleinen Entente nicht mehr ist.

Lebensversicherung - Todesanzeigen

Am 7. Juli verschied unser Mitglied, der

Adolf Mohsche

im Alter von 68 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Geburtsort: Groß-Breslau.
Einschreibung: Freitag, den 11. Juli, nachmittags
4 Uhr, im Krematorium in Gräbchen.
Trauerhaus: Heubergstr. 12. District 2.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Am 6. Juli verschied im Krankenhaus der Darm-
kranken Brüder in Breslau unser Kollege

Karl Grunert

aus Klottendorf.
Ehre seinem Andenken!
Die Mitglieder der Zelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, 9. Juli, 15^{1/2} Uhr, von der
Leichenhalle in Klottendorf zum Friedhof in Klottendorf

Zentralverband der Zimmerer.

Am 6. Juli verschied infolge Gehirnschlag unser
langjähriges Mitglied, der Zimmerer

Karl Berger

im Alter von 65 Jahren.
Ehre seinem Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Zelle Breslau.
Einschreibung Donnerstag, nachmittags 2 Uhr, im
Krematorium in Gräbchen.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und
-arbeiterinnen Deutschlands.

Am Sonntag, den 6. Juli, verunglückte beim
Baden unser lieber Kollege

Richard Lies

im Alter von 42 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung Breslau.

Hautarzt Dr. Gerhard Hahn

Neue Schweidnitzer Straße 5

zurück

GEBURTS- VERLOBLINGS- HOCHZEITS- TODES- ANZEIGEN

liest schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
Flurstraße 4/6

Kernobstverpachtung.

Die Verpachtung des Kernobstes auf den Kunst-
straßen des hiesigen Kreises findet am
Sonntag, dem 12. Juli 1939, vormittags 10 Uhr,
im Gasthof zum Schießhause, hier, statt. Sämtliches
Obst ist gegen Hagelschaden versichert. Nachver-
sicherungen werden nach Schluß des Termins ent-
gegengenommen. Pachtbedingungen und Strecken-
verzeichnisse liegen im Kreisbauamt zur Einsicht-
nahme aus; auf Wunsch werden sie auch gegen
Erstattung der Unkosten zugelandet. Die Bedingungen
werden außerdem vor dem Termin bekanntgegeben.
Die Pachtentlohnung beträgt 50.00 Mark (in einer Bank-
note zu hinterlegen) und wird den Pächtern erst
nach Überleitung der Strecke ohne Zinsvergütung
zurückgegeben.

In diesem Jahre wird erstmalig die dem Do-
minium Groß-Breslau gehörige Strecke auf der Kreis-
straße Breslau-Deutsch-Billa - Länge km 5,2 bis
7,0 und 7,4 bis 8,5 mit zur Verpachtung gelangen.
Kreisamtsrat Neumann i. d. Schl.

**Sasi Mustafa Kemal
Zwischen
Europa
und Asien**

Neben Lenin, dem großen Revoluti-
onär, und Mussolini, dem nationalen
Diktator, steht ebenbürtig der Schöpfer
der neuen Türkei. Es ist die erste
authentische Biographie des türkischen
Reformators Sasi Mustafa Kemal.

Preis in Leinen
Reichsmark 10.00

Volkswacht-Buchhandlung

Am 7. Juli, nachmittags 1 Uhr, verschied nach
kurzem, schwerem Krankenlager mein lieber, guter
Mann, Vater und Großvater, der Möbelbeizer

Adolf Mohsche

im Alter von 68 Jahren.
Dies zeigt schmerz erfüllt an
Selma Mohsche
geb. Rieger.

Einschreibung: Freitag, den 11. Juli, nachmittags 4 Uhr,
im Krematorium in Gräbchen.

Schauspielhaus

Operettenabende
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr

Dolly's Abenteuer

Operette in 4 Akten
von R. Bonafsky

Lothar Heuser
Ivo Wimmer u. G.

Gegen Vorweisung
dieser Anzeige
50% Ermäßigung
an der Theaterkasse

LIEBICH

Täglich 8.15 Uhr:
Senta Laewe
und die entzückenden
Mauschew-Girls
i. d. sensat. Randow-Revue

Komm zu mir

Duffende Rosen gelangen
täglich zur Verteilung.
Ruf 54646

Stragula, Ideal-Fußb.-Bd., ca.
70 Br., Mtr. 75 Pf., Strag.-Tepp.,
prachiv., ca. 200 x 300 9,75
Linol.-u. Strag.-Reise Mtr. 50 Pf.
Friedländer, Sonnenstr. 30.

Druckerei

Volkswacht

BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die An-
fertigung sämtlicher
Druck-Arbeiten für
Industrie, Handel, Ver-
eine u. Gewerkschaften
in ein- u. mehrfarbiger
Ausführung bei preis-
werter Berechnung u.
schnellster Lieferung.

Spezialität:
Massenaufgaben

(Rotationsdruck)

Lieblch-Theater

**2 billige
Sondervorstellungen**

für die freien Gewerkschaften Breslaus

Freitag, den 11. u. Montag, den 14. Juli, abends 8.15

Die großartige Operettenrevue

"Komm zu mir"

Der lustigste Abend, den sich der schallende Mann gönnen muß

Verkauf der Eintrittskarten zu ganz niedrigen Preisen für
die beiden Sondervorstellungen im Gewerkschaftshaus
im Restaurant am Büffel. Vorverkauf ununterbrochen.

Bräuers Festsäle

Gabitzstraße 22

Heute Mittwoch:

Der beliebte verkehrte Ball

Der bekannte Betrieb — Die neue Kapelle

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

District 51 Breslau-Sundfeld.

Sonntag, den 13. Juli: Feier des

25 jähr. Bestehens

verbunden mit **Sabnenweihe**

im „Blauen Dirsch“ (Zeruka) in Sundfeld:

Program:

12-13 Uhr: Singkonzert der Schalmellenkapelle

13.30 Uhr: Anreden zum Festmahl

14.45 Uhr: Abholen der Fahne

16.15 Uhr: Festansprache auf dem Kluge

1. Festlied des Männer-Gesangs-Vereins „Eintracht“

2. Festansprache des Genossen Dr. Eckstein.

Nach dem Festakt:
— **Tanz und Gartenkonzert.** —

Alle Parteigenossen und -Genossinnen sind dazu
herzlich eingeladen. Der Festausflug.

Schießwerder

Jeden Donnerstag

Gr. Gartenkonzert

verbunden mit **Kinderfest** unter Leitung
des Onkels Drolly. 2733 Eintritt 15 Pf.

Reiseomnibusse

mit 80 und 40 Sitzplätzen

für Vereins- und Gesellschaftsfahrten frei

Kraftverkehr Bern. Sägen

Lauenhienstraße 185/87. Telefon 229 41.

Berücksichtigt unsere Inferenten!

Das neue

Politische Buch

Karl Renner Wege der Verwirklichung. Betrachtungen
über politische Demokratie, Wirtschafts-
demokratie und Sozialismus. 2.60

Hirsch Kommentar zu den Kommunalpolitischen
Richtlinien der Sozialdemokratischen Partei
Deutschlands. 6.75

Schiff So war es in Versailles. Mit Beiträgen von
Otto Landsberg, Hermann Müller. 4.00

Carl Legien Ein Lebensbuch von Th. Leipart. 6.00

Volkswacht-Buchhandlung

Neue Grabenstr. 1 u. Friedrich-Wilhelm-Str. 104 u. Flurstraße 4

Zurück 14. bis 16. Juli

Gold-Lotter

225000
100000
60000
40000

Los 3 Rm. Porto und Liste
3 Rm. 40 Pf. extra
verwendet auch zur Nachnahme
Emil Suller Bank-
haus
HAMBURG 5, Hochdamen 39

Für Allthees

und Matrizen, die
innerhalb 14 Tagen
nach Ablauf des
Auftrages nicht
abgeholt, kann eine
Gewähr für Unver-
wahrung nicht über-
nommen werden.

Verlag

der
Volkswacht

Kind

von 2 Jahren an, wird von
Freibanken in Pflege
genommen. Offerten und 25
an Volkswacht-Buchhandlung
Breslau, Friedrich-Wilhelm-
Straße 105.

Wollserge

Mtr. 1.80 Mtr. Vernetzutter
0.5-1.80 Mtr. Ritzer 0.48
bis 1.00 Mtr. Kernseife Kilo
1.00 Mtr. Schmelze 1.00 Mtr.
2. 3. 4 Mtr. Lippert, Steinrück,
Straße 16 11682

Berufskittel

2.85, 2.35, 1.95, alle Art. Spott-
billig G. Friedländer, Sonnenstr. 30
Tel. jedem Einlauf 6.10/10

Der

Wahre

Jacob

Sozialdemokratisches
Witwen- u. Zu haben
in den Volkswacht-
Buchhandlungen und
bei den Zeitungs-
trägern

Preis 30 Pf.

Berläufe

Gebr. Schiajimmer

Möbel

11767
sowie einzeln, Kleiderbügel,
großer Spiegel, Anzugericht
sind zu verkaufen
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65 I. (Bilderberg)

Wohnungen

Alleinstehende

Schlafstelle

gesucht.

Offert. m. Preisangabe unter
A. 43 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Fräulein sucht

Leerzimmer

mit möglicher
Preisangabe unter B. 301
an die Geschäftsstelle dieser
Zeitung erbeten

Kleine

Anzeigen

sind in der
Volkswacht
billig
u. erfolgreich

Kleine Anzeigen

mit kompletter, preisgünstiger
Anzeigensammlung und
sämtlichen Anzeigengeldern
aus dem Hause des
Volkswacht-Buchhandlung
in der Flurstraße 4/6



Morgen:

**Buntfarbig gemusterte
Dam.- u. Herr.-Badeanzüge**

in der schön. Zusammenstellung
mit einfarbig. Hose, in guter Stra-
pazierqualität Stück 3.50, 2.75

**Schwarze Herren- und Knaben-
Badehosen**

in guten Trikotqualitäten z. T. mit
weibler Einlässe, in allen Größen
je nach Gr. u. Qual. St. 90, 84, 72

**Zirka 800 Stück vorzügliche
Frottier-Handtücher**

mit schön. waschecht. Kanten teils
schwer durchgemust. Jacquardqual.
in 4 get. z. besonders schön. Serien
Stück 95, 85, 75

**Zirka 2000 Stück Gummi-
Badkappen und -Helme**

in den besten Qualitäten, riesige
Farben- und Formenauswahl.
Stück 55, 45, 39

**Ein Klein. Quantum sehr schön gemust.
Dam.- u. Herr.-Bademäntel**

in verschiedenen Farben und
sehr kleidsam Verarbeitungen
Stück 9.50, 8.95

**Sehr billig! Das moderne
Wochenend-Hemd**

aus Oxford, m. Krag. u. passend.
Bänder, in d. Farb. u. all. Größen.
in 3 Serien Stück 6.75, 4.95

**Mehrere hundert
Gebirgs- u. Wanderstöcke**

für Damen, Herren und Kinder, aus Eiche
und Kastanie, mit starker Zwinde
für Kinder für Herren u. Damen
Stück 58 Pf. Stück 85, 95 Pf.

**Einige hundert praktische
Schlafdecken**

ca. 170 cm groß, strapazierbar
Qualität, besond. für Ausländer
geeigt, z. Aussuch., durchw. Sick.
Stück 95 Pf.

**Zirka 200 Stück
Liege-Stühle**

fest u. gut verarb., m. Jutebezug, ge-
beizt, geölt, m. u. ohne Arm- u. Ein-
stütze Stück 7.50, 6.75, 4.95

**Ganz besonders Kaufgelegenheit
pa. weiße**

Weiden-Korbessel

sehr stabil gearbeitet, mit Wulst-
rand, Knopfgarnitur oder Spitz-
wulst, je nach Ausführung
Stück 7.95, 6.95, 5.95

**Zirka 300 Stück Damen- und Herren-
Rucksäcke**

in guten haltbaren Qualität, mit
u. ohne Tasche, in verschiedenen
richtig. Größen, Stück 2.95, 2.75

**Blaue und braune
Stadtkofferchen**

m. u. ohne Stoff-Fuß, i. mehreren
Größen, je nach Größe und Aus-
führung . . . Stück 3.95, 2.75

**Aus einem Fabriklager ein kleines
Quantum stabil gearbeitete**

Reise- und Koupé-Koffer

aus Hartplatt m. Vulkanlack
in 2 Größen d. Schiene,
2 Schnappschloss, in der
Größe 65, 70, 75, je nach
Größe. Stück 5.50, 4.50

Breslauer Nachrichten

„Reisende mit Hund“

Ein Arbeiterzug steht prall voll schwitzender und ermüdeten an seinem Bahnsteig und wartet, bis ihm der „Dienst-“ das Abfahrtszeichen gibt.

Der Lärmert sich den Teufel um die überfüllten Wagen; erstens ist es noch lange nicht Zeit zur Abfahrt — zweitens aus irgendwelchen Gründen keine Ergänzungswagen da.

Kurz und gut: der Zug mit seinen 26 Wagen und 78 Achsen unter der Last der ineinandergeschobenen Menschen — nur Abteile hinter dem Tender sind völlig leer: Das Zugführer- — das Kriegsbeschädigtenabteil und das Kupce für

„Reisende mit Hund.“

Eine Menschenmenge ermüdet Kleinbürger und Proleten an dem überfüllten Zug auf und ab. Die Spitzengruppe der „Kontrollanten“ stürzt sich jedes mal voll Elan auf die leeren

„Kontrollanten“, betrachtet die Schilder, schaut resigniert an sich herunter: er ist dienlich hierherbestellt. Keiner hat im Kriege die

„Kontrollanten“ abgefragt. Keiner hat einen Hund dabei. Macht kehrt, immer wieder kehrt, wie sich das gehört in

„Kontrollanten“, in dem „Ruhe und Ordnung“ herrscht.

In den Nachbarabteilen der durch Abwesenheit glänzenden

„Kontrollanten“, in denen die Menschen wie die Heringe zusammen-

„Kontrollanten“, förmlich an den Gepäckstücken hängen, sind wenige Minu-

„Kontrollanten“, Flamme der Revolte auf.

„Kontrollanten“, „Das Kupce ist wohl für die Gutsbesitzer und Fleischer-

„Kontrollanten“, „Ne, für Pferdebesitzer und Menageriebeseher!“

„Kontrollanten“, „Das nächste Mal sei ich mir aber 'nen mächtigen Fleischer-

„Kontrollanten“, „Ich nehme mir 'nen Affen mit, dann bin ich auch legitim!“

„Kontrollanten“, „Mein Vieber, erst wenn du dir 'nen Arm abhackst, kriegst du

„Kontrollanten“, „Sich niemand da für'n Hundbewogener?“

„Kontrollanten“, Aber niemand wagt wirklich die Klinke des verbotenen

„Kontrollanten“, die zu öffnen, denn drüben steht wie ein Monument der

„Kontrollanten“, ferner mit Ueberred und Mütze. Er zwinkert nur ein paar

„Kontrollanten“, mit dem Augensid nach dem rebellischen Wagen und der

„Kontrollanten“, erkräftigt, wie wenn der Feldwebel über den Kasernenhof

„Kontrollanten“, „So'n Blödsinn!“ tröpfelt es aus irgendeinem langsamen

„Kontrollanten“, hinterher.

„Kontrollanten“, „Abfahr!“

Der Zug fährt an — mit den drei leeren Abteilen an der

„Kontrollanten“, und führt sie siegesbewußt nach der nächsten Station.

Brügelnder Bauarbeiter

Arbeiter werden mit einem Eisenknüttel bearbeitet.

Wir berichteten erst am Sonnabend in einer Zuschrift eines

„Kontrollanten“, über die Standalösen Arbeitsverhältnisse auf der Bau-

„Kontrollanten“, der Firma Schütz beim Kanaler Schloßbau, dort nicht die Arbeiter als Menschen, sondern schon eher als

„Kontrollanten“, von behandelt werden. Ist es nicht genug, daß fast hinter

„Kontrollanten“, Arbeitern ein Schächelmeister als Aufsichtler steht, so befinden

„Kontrollanten“, auf dieser Baustelle noch eine Anzahl von Bauführern, so

Die neue Werderbrücke

Eröffnung heute nachmittag — Der Bau bereits vor 25 Jahren geplant — Aus Mangel an Mitteln immer vertagt — Die gehobene Werderstraße — Wie die neue Brücke gebaut wurde — Der Straßendurchbruch wegen eines Mieters noch nicht hergestellt

Heute nachmittag 5 Uhr findet die feierliche Eröffnung der Werderbrücke über die Nordoder statt. Von diesem Zeitpunkt an ist der Nordüberweg über die Stadtober nicht mehr allein auf die Unversitätsbrücke und ihre Zubringerstraßen angewiesen, er wird seinen Weg vielmehr hauptsächlich über den 80 Meter unterhalb der Unversitätsbrücke liegenden Werderbrückenweg nehmen. Dieser neue Oberübergang zur Entlastung der Unversitätsbrücke war

Schon vor 25 Jahren geplant;

damals, das heißt in den Jahren 1905/06 wurde die Werderbrücke über die Süderoder am Ausgange der Oberstraße gebaut. Im Anschluß daran wurden auch die Flußlinien für die Verlängerung dieser Brücke über den zweiten Arm der Stadtober, die Nordoder, und ihre Verbindungsstraßen auf dem nördlichen Ufer nach der Rosenthaler Straße festgelegt. Die Verwirklichung eines derartigen weiteren Ausbaues mußte jedoch aus Mangel an Mitteln zurückgestellt werden. Man mußte es einstweilen bei der Werderbrücke über die Süderoder bewenden lassen, obwohl eine nennenswerte Entlastung der Unversitätsbrücke durch sie nicht erzielt werden konnte, da der Verkehr hinter der Werderbrücke durch die Werderstraße zur Unversitätsbrücke abzuwenden mußte, um auf ihr den nördlichen Oderarm zu überschreiten.

Jetzt erst ist durch die Verlängerung der Werderbrücke über die Nordoder und den Straßendurchbruch zur Salzstraße ein selbständiges leistungsfähiges Verkehrsband geschaffen worden, das neben der Unversitätsbrücke den Nordüberweg vom Blücherplatz zur Obernordstadt über die Oder leitet.

Die alte Werderbrücke

hat eine Breite von 18 Metern, wovon 13 Meter auf die Fahrbahn und je 2,50 Meter auf die seitlichen Fußwege entfielen. Diese Abmessungen hat die Straße auch zunächst zur Ueberschreitung der Bürgerwerder-Schleufe zwischen Brücke und Werderstraße beibehalten, um an der Einmündung in die Werderstraße selbst stärker auszuladen. Die schmale eiserne Brücke über die Bürgerwerder-Schleufe wurde zu diesem Zweck stromabwärts erheblich verbreitert. Das auf den Ufermauern unterhalb der Schleufe gelagerte eiserne Tragwerk unter der Fahrbahn besteht aus fünf Stützpunkten, die auf Pfeilern ruhen, über die eine Eisenbetondecke zur Aufnahme des Pflasters gebreitet ist. Das Ufermauerwerk wurde durch Erdanfangs verparnt, an der rechten nördlichen Seite durch Eisenbetonbohrpfähle unterfangen, in dem oberen Teil abgetragen und durch Eisenbetondecke unter Verteilung der Auflagerbrücke ersetzt. Auch die Uferhauptmauern der Schleufe unter dem alten Brückenteil wurden in ähnlicher Weise gesichert und vervollständigt.

Die Werderstraße

ist an der Kreuzung um 35 Zentimeter gehoben und seitlich durch neue Rampen angeschlossen worden. Jenseits der Werderstraße beginnt die eigentliche Straßenrampe zur neuen Werderbrücke. Sie hat eine Breite von 23 Metern, das heißt eine 13 Meter breite Fahrbahn und zwei Bürgersteige von je 5 Meter Breite. Sie biegt etwas nach Osten ab, um unterhalb des Wasserkraft-Elektrizitätswerkes die Nordoder in Richtung der Flußlinien für den Durchbruch nach der Rosenthaler Straße zu überschreiten.

Die Brücke selbst hat drei je 25 Meter weite Durchflußöffnungen erhalten, deren zwei dem eigentlichen Stromdurchgang dienen, während die südliche durch den Abfluß vom Wasserkraftwerk bedingt ist. Es sind also außer den beiden Landspießern zwei Mittelpfeiler vorhanden. Sämtliche Pfeiler sind in Beton hergestellt und an den Ansichtsflächen mit Granitbohlensteinen verblendet. Die Gründungssohle der Pfeiler liegt auf Ord. + 102, das heißt 8 Meter unter dem Wasserspiegel und 6—7 Meter unter dem Flußbett. Der rechte, d. h. der von der Unversitätsbrücke sichtbare, mitten im Strom stehende Pfeiler ist noch 2 Meter tiefer gegründet, so daß er 10 Meter unter der Flußsohle und etwa 8 Meter im Boden steht. Der tragfähige Baugrund besteht aus Leite, einer diavialen lehmartigen Bodenformation. Die so hergestellten Pfeiler tragen den 80 Meter langen und 20 Meter breiten

Freigewerkschaftliches Jugendtreffen

Als Auftakt zum Verbandstag der Bergbauindustriearbeiter am 20. Juli kommen tausende von Jugendmitgliedern der Gewerkschaften aus ganz Schlefien zu uns. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht eine große, feierliche Kundgebung am Sonntag, den 20. Juli, um 14.30 Uhr in der Jahrhunderthalle.

Au dieser, sowie an dem anschließenden Volksfest auf dem Ausstellungsgelände gegenüber der Jahrhunderthalle sind alle Breslauer Gewerkschafter verpflichtet, sich zu beteiligen. Neben einem guten Konzert der in unseren Kreisen sehr beliebten Küsterischen Kapelle werden die Jugendlichen von fern und nach zur Unterhaltung beitragen.

Die Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind den Gewerkschaften in ausreichender Zahl in diesen Tagen geliefert worden, so daß es sich der Einfachheit halber empfiehlt, die Bestellungen betriebsweise bei diesen anzumelden.

Partei- und Gewerkschaftsleute

haben auch du schon einen Quartierschein zur Aufnahme eines Arbeiterportiers oder einer Arbeiterportierin ausgefüllt und dem Wohnungsausschuß des 3. Schloßhofs Arbeiter-Turn- und Sportfestes, Geschäftsstelle Friedrich-Wilhelm-Straße 45, (Arbeiter-Sport-Karteil Breslau e. V.) eingereicht? Wenn nicht, so hole dies bald nach. Denn Breslauer Arbeiterportier, die nach immer an der Seite der Klassenbewußten Arbeiterpartei standen, müssen am 26. und 27. Juli Tausende schlesischer Arbeiterportierinnen und Arbeiterportier im Privatquartier unterbringen.

Partei- und Gewerkschaftsleute, die ihr oder eure Angehörigen, Kinder usw. schon Gelegenheit hatten, Gastfreundschaft bei unseren Genossen in der Provinz in Anspruch zu nehmen, ist Solidarität! Unsere Genossen sind anspruchlos. Es genügt ihnen für die kurze Zeit ihres Aufenthaltes ein Sofa — und das dürfte wohl immerhin noch in vielen Arbeiterhaushaltungen zur Verfügung stehen.

Wir wenden uns aber auch an die Funktionäre und die Führer der Arbeiterpartei mit der Bitte, uns in dieser Beziehung zu unterstützen. — Alle Arbeiterportier und Sportlerinnen, sowie die Geschäftsstelle nehmen noch Anmeldungen entgegen. Viel Heil!

Der Wohnungsausschuß des 3. Schloßhofs Arbeiter-Turn- und Sportfestes.

Brückenüberbau

desseisernes Tragwerk in der Hauptfläche aus 7 Stütz 1,50 bis 2 Meter hohen genieteten Blechträgern gebildet wird, die sich ununterbrochen von Ufer zu Ufer über die Mittelpfeiler spannen. Durch ebenfalls genietete Quertträger sind diese Hauptträger, die sämtlich unterhalb der Fahrbahn liegen, miteinander verbunden und gegeneinander ausgeleitet. Sie tragen noch kleinere Längsträger zur Unterleistung der 3,50 Meter weiten Zwischenräume zwischen den Hauptträgern. Ueber diesem einmaligen Tragerwerk ist eine Eisenbetondecke gebreitet, die gegen eindringende Feuchtigkeit durch eine doppelte Alphaschicht mit Betonstahl gesichert ist. Sie trägt das in Sand gebettete Granitpflaster, dessen Fugen in der in Breslau üblichen Weise mit Zementmörtel vergossen sind. Die 3,50 Meter breiten Bürgersteige auf der Brücke sind mit freitragenden Granitplatten abgedeckt, deren äußere Reihen gesimsartig über die Randträger ausragen und das schräge aber gediegene eiserne Stabgeländer tragen.

Das rechte Ufer der Oder

ist im Zusammenhang mit dem Brückenbau in der Weise reguliert worden, daß der tote Winkel des Flußbettes unterhalb des „Großen Wehres“, der seit Stilllegung der dort einst vorhandenen Mühle für den Wasserabfluß unwirksam geworden war, durch eine Ufermauer im Anschluß an die Wängenermauer des Wehres abgeschlossen und das Ufer dahinter abgehöht wurde. Das auf diese Weise gewonnene Neuland wurde oberhalb der Brücke zur Anlage einer Promenade und einer Grünfläche mit Spielplatz und unterhalb der Brücke zur Anlage einer Landungsrampe verwandt.

Auf dem Nordufer konnte die Straße zunächst nur bis zur Salzstraße hergestellt werden, da die Hauptmutterlinie des Grundstücks Salzstraße 13, die Erdmannsdorfer Mädelbetrieb-G. m. b. H., nicht zu bewegen war, das Grundstück rechtzeitig zu räumen. Die Arbeiten gehen aber jetzt auch hier rüstig vorwärts, sodaß anzunehmen ist, daß auch

Der Straßendurchbruch

zwischen Salzstraße und Rosenthaler Straße in einigen Wochen vollendet sein wird. Straßenbahngleise sind nicht nur auf dem neu hergestellten Teile des Werderbrückenweges, sondern auch auf der alten Werderbrücke und ihrem Straßenanschluß nach der Ober- und Burgstraße angelegt worden. Da die Oberstraße zur Aufnahme des vollen Verkehrs in beiden Richtungen nicht breit genug ist, wird sie nur in der Richtung von Süden nach Norden, das heißt als Zubringerstraße zur Werderbrücke befahren werden, während der von der Brücke abflutende Verkehr die Burgstraße nach der Herrentstraße abgeleitet wird.

Seit drei Jahren ist das Brückenbauamt mit dem Ausbau des Werderbrückenweges beschäftigt. Im Herbst 1927 begannen die ersten Verhandlungen mit der Oberstrombauverwaltung über die Art der Ausführung, und vor zwei Jahren wurde der Ausbau von der Stadtverordneten-Versammlung unter Bewilligung der erforderlichen Mittel in Höhe von 2 100 000 Mark genehmigt.

Nach Abbruch der alten Werdermühle

wurde noch im November 1928 mit der Baustelleneinrichtung und einigen vorbereitenden Arbeiten, Rammung von Gräften, Bodenabfrachtung am linken Ufer usw. begonnen. Der harte und lange Winter 1928/29 zwang jedoch bald zur Einstellung der Arbeiten, die dann erst Anfang April 1929 aufgenommen werden konnten. In ununterbrochener Folge von den besten Majer- und Wetterverhältnissen begünstigt, schritt der Bau rasch vorwärts, so daß der ursprüngliche Plan, die Brücke Anfang Juli 1930 dem Verkehr zu übergeben, im großen ganzen eingehalten werden konnte.

Entwurf und Bauleitung lagen unter der Oberleitung des Herrn Stadtbaurat Dr. Ing. Trauer in den Händen des Magistratsbauamt Steinwender, dem die Herren Dipl.-Ing. Keimer und Stadting. Weigt beigegeben waren. In den Fragen der architektonischen Gestaltung wirkte Herr Magistratsoberbaurat Konowitz mit.

Die ertrunkenen Schwestern gefunden

Unweit Schaffgottsgarten wurde gestern vormittag die Leiche der 18jährigen Hildegard Krzol aus der Ober geborgen. Am Sonntag mittag gemeinsam mit ihrem Vater und ihrer 15jährigen Schwester Herta beim Baden ertrunken ist. Einige Stunden später wurde in der Nähe des „Oberschlößchen“ auch die Leiche des 15jährigen Mädchens gelandet.

Wie nachträglich noch von einem Augenzeugen berichtet wird, ereignete sich der Unfall nicht auf der linken, sondern auf der rechten Oderuferseite, unterhalb der Oberstromgasstätte in der Buhne, wo sich die Rettungswache 6 aufhält.

Die Verunglückten sind auch nicht in die Strommitte geschwommen, sondern haben nur in der Buhne gebadet, und beim Käsen eines Dampfers, der starken Wellengang verursachte, den Grund unter den Füßen verloren. Unglücklicherweise war dann nur noch das Untergehen des Mannes beobachtet worden.

Dieses Unglück diene vor allem den Nichtschwimmern zur Warnung, denn oft kann man beobachten, daß gerade solche immer tiefer ins Wasser gehen, bis ihnen durch plötzlichen starken Wellengang der Boden unter den Füßen schwindet.

Ein gefährlicher Auftrag

hätte sie beinahe ins Gefängnis gebracht

Eines Abends hatten zwei Arbeiter lange in einem Lokal zusammen gezecht und als sie dann in nächster Stunde gegen 1/2 Uhr nach Hause schwankten, waren sie zu allerhand Unlug aufgeleitet. Kurz vor ihrer Wohnung sahen sie ein Auto stehen und dieses schien ihnen gerade wichtig, um daran ihren überschüssigen Mut zu kühlen. Sie veruchten das Auto weiter zu schieben, auch hanterten sie an der Kurbel herum, so daß einige Straßenpassanten auf sie aufmerksam wurden. Da diese glaubten, daß beide das Auto stehlen wollten, benachrichtigten sie die Polizei, die ihre Personalien feststellte. Die beiden latendurftigen Arbeiter standen nun vor dem einfachen Schöffengericht, um sich wegen versuchten Diebstahls zu verantworten. Die Sache sollte für beide sehr schlimm ausgehen können, da sie auf diesem Gebiet schon vorbestraft sind. Die Zeugen konnten aber nicht mit Bestimmtheit sagen, daß sie das Gefährt hatten, die beiden wollten das Auto weitertransportieren. Die Anklagen besaßen dieses, und erklärten den Unlug damit, daß sie sehr betrunken gewesen seien. So beantragte der Staatsanwalt, beide für den Versuch der Diebstahls dann auch zu verurteilen. Doch war diese Anklage für die beiden nicht ganz ungefährlich, wenn die Beweisaufnahme anders ausgefallen wäre.

Wie Einbrecher arbeiten

Wie feingliedrige Vorladung die Bestohlenen fortgeschickt

Wie feinerzeit berichtet wurde, waren Anfang des Monats Einbrecher in die Wohnung eines Hausmeisters in der Seydlitzstraße eingedrungen und hatten aus der Vertikalschublade die den Hausbewohnern einzuliefernden Mieten im Betrage von 2000 Mark herausgeholt. Dieser gemeine Bereicherungsvorwurf erstern durch die Verhaftung des 35jährigen Schmiedes W. F. der Nachbargasse, des gleichaltrigen Arbeiter O. J. aus der Oberstraße und des 20 Jahre alten Arbeiters S. K. aus der Oberstraße Strafe seine Aufklärung gefunden. Die drei

„Kontrollanten“, die offenbar mit den Verhältnissen des Hausmeisters aus waren, hatten ihr Opfer mit einem listigen Plan von Hause fortgelockt. Sie schickten ihm eine Aufforderung, sich am 8. Juli in einem bestimmten Zimmer der Landesversicherungsanstalt einzufinden. Das Ehepaar leistete dieser Ladung auch Folge, um an Ort und Stelle zu erfahren, daß dort eine Ladung ergangen ist. Erst als die Eheleute wieder nach Hause kamen und den Einbruch entdeckten, fanden sie eine Erklärung der feingliedrige Vorladung.

Die Festgenommenen gaben ihre Tat zu. Sie hatten die Miete in drei fast gleiche Teile geteilt. Einer hatte von den 2000 Mark bereits 110 Mark in Alkohol umgeseht, der Rest konnte abgenommen werden. Der zweite hatte seinen Anteil von 700 Mark restlos in Gesellschaft von Prostituierten verbraucht. Der dritte wurden noch 20 Mark abgenommen und einige Dinge gestohlen, die er sich von seinem Anteil gekauft hatte.

Und wie er heruntersprang

Der Händler W. jagte einen Schuppelpolizisten in die Luft. Er war in der Nacht zu Dienstag in ein Schokoladen- und in der Bodenoberstraße eingestiegen, nachdem er eine der Tür befindliche Glascheibe eingeschlagen hatte. Als ihm der Hausmeister durch die gleiche Öffnung seinen Fuß auf die Türrinne gestellt hatte, bemerkte er erst, daß sich ein Streifenpolizist vor ihm befand, um ihn in Empfang zu nehmen. Die erbeuteten 8,50 Mark Bargeld wurden ihm abgenommen.

Achtung Frauenleiterinnen!

Donnerstag, den 10. Juli, abends 8 Uhr: ...

Rat und Auskunft für Erwerbslose

erteilt in allen einschlägigen Angelegenheiten die Erwerbslosen-

Billiche Abende bei Steibitz

Für die Freien Gewerkschaften finden zwei billiche Abende

* Von der Feuerwehr. Gestern kurz nach 15 Uhr wurde die

Das Recht auf Liebe

Capitel

Dem Film ist der Schluß einer Rede vorangestellt, in der

Arbeiter-Sport

3. Schlesiaches Arbeiter-Turn- und Sportfest 1930 in Breslau

Was wird für den Festbeitrag gewährt?

Für den Festbeitrag (1,50 Mark), der von allen Festteil-

Bereits- und Abteilungsleiter der Breslauer Bundes-

Besitztitel-Programm und Teilnehmerverzeichnis. Alle

Handball

Handballspiele am 13. 7. Profistadion der Jugend A-Klasse.

Freie Turnerschaft Breslau S. V.

5. Abteilung Handballspieler der Altersmannschaft sowie

Wasserball

Wasserballspiele am 13. 7. Profistadion der Jugend A-Klasse.

Leichtathletik

Leichtathletik am 10. Juli Stadion der Jugend A-Klasse.

Leichtathletik

Leichtathletik am 11. Juli, 20 Uhr, im Stadion

Sozialdemokratische Partei

Gewerkschaftsbüro, Zimmer 147-170

Die Partei ist am 13. Juli, Sonntag, bei 10 Uhr im

Jugendgruppen

Donnerstag 20 Uhr findet in der SWJ-Barade an den

Sozialistischer Kampfbund

Marxistischer Kampfbund und Kampfbund. Heute 20 Uhr im

Sozialistische Studentenarbeit

Sozialistische Studentenarbeit. Die nächste Sitzung findet am

Sozialistische Arbeiterjugend

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Aus dem Gerichtssaal

Einem Heiratschwindler in die Hände gefallen

Man fällt immer wieder hinein

Unendlich groß ist noch immer die Zahl der Mädchen, die

Der Taschendieb auf dem Hauptbahnhof

Zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt

Zu den gemeingefährlichsten Dieben gehören jene Menschen,

Die Denkmalschänder nicht erwischt

Die Verurteilung des Denkmalschänders Philo vom

Die noch erinnerlich sein dürfte, wurde im Frühjahr dieses

Freiwilligkeitsliches Jugendbrot

Freiwilligkeitsliches Jugendbrot. Donnerstag pünktlich 19.30 Uhr im

Von den Arbeiterkameraden

Abteilung 1 (Kamerad, Tor). Mittwoch 19 Uhr wichtige

Der Ortsverein Grob-Breslau veranstaltet am Sonntag, den

Donnerstag 20 Uhr findet in der SWJ-Barade an den

Marxistischer Kampfbund und Kampfbund. Heute 20 Uhr im

Sozialistische Studentenarbeit. Die nächste Sitzung findet am

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sozialistische Arbeiterjugend. Die nächste Sitzung findet am

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Sprechabend. Donnerstag 20 Uhr im heiligen-Gott-Saal.

Verurteilter Landesverrat

Für 350 Mark ein halbes Jahr Gefängnis

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte der I. Senat

Konjerte / Theater / Vergnügungen

Opernhaus. Täglich 20 Uhr der große Sensationserfolg

Wetterbericht

Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krieger

Im Bereich der maximalen Wolkenmassen trat in der vergangenen

weiterer Temperaturerhöhung ein, so daß auch im Stadlande die

weiteren Temperaturerhöhung ein, so daß auch im Stadlande die

weiteren Temperaturerhöhung ein, so daß auch im Stadlande die

weiteren Temperaturerhöhung ein, so daß auch im Stadlande die

weiteren Temperaturerhöhung ein, so daß auch im Stadlande die

weiteren Temperaturerhöhung ein, so daß auch im Stadlande die

weiteren Temperaturerhöhung ein, so daß auch im Stadlande die

Flugzeug-Unglück auf hoher See

Fünf Personen vermisst

Das Passagier-Flugzeug D 864 mußte wegen eines plötzlich eintretenden Motordefektes in der Nähe der dänischen Insel Bornholm auf See niedergehen. Es wurde von einem vorüberfliegenden Motorboot ins Schlepptau genommen; zehn Sekunden nach dem Sinken kenterte die Maschine plötzlich. Der Motorführer versuchte sofort, die Insassen zu retten. Es gelang ihm, den Piloten, Flugzeugkapitän Kuring, den Bordmonteur und einen Passagier namens Erikson an Bord zu bringen. Nach dem Kentern des Flugzeuges eilte auch ein Boot zu Hilfe, dem es gelungen sein soll, zwei Passagiere zu retten. Namen noch unbekannt sind, zu retten. Fünf Passagiere sind zurzeit noch vermisst.

Eine deutsche Torpedoboot-Fahlflootille hat sich trotz des schlechten Wetters auf die Suche nach dem Flugboot begeben. Das Torpedoboot T 151 gab funktentelegraphisch die Meldung, daß es die Insassen des Flugbootes abgeholt, aber bisher keine Spur von dem Flugboot noch von den Insassen gefunden habe. Es ist ein Flugboot von Kalmars in Schweden aufgestiegen, aus dem Vogelerspektive Spuren der Vermissten zu finden. Die schwedische und dänische Marine haben Jagd auf die Döse gemacht, um sich an Bergungsarbeiten zu beteiligen. Von den immer noch vermissten fünf Personen ist die Identität von Herrn Burgkoller und Fräulein Norrop noch unbekannt. Herr Brakelsberg ist Inhaber eines Handelshauses in Westfalen. Birk ist der Bruder eines Redakteurs der "Kölnischen Zeitung". Ferner fehlt noch Nachricht über den Verbleib des Bordfunkers Tippmann.

Flugkapitän Kuring, der im erschöpften Zustande im Rettungsboot von Kalmars aufgenommen worden ist, hat mit, daß sich nach dem Niedergange des Flugzeuges auf das Meer alle Insassen an Deck begeben hätten und vom Bord mit Schwimmwesten versehen worden seien. Als das Boot kenterte, seien drei Personen von dem schleppten Motorboot und zwei weitere Personen von einem Dampfer aufgenommen worden, dessen Name er aber nicht erkennen konnte. Dem Verbleib der übrigen drei Personen wisse er nichts. Nach anderen — unbestätigten — Meldungen soll das kiel-treibende Flugzeug inzwischen an die Küste Bornholms gelangt worden sein, doch sei niemand von den Insassen an Bord zu sehen. Der Lotsenkommandeur von Due Ode behauptet, Personen gesehen zu haben, die auf den Schwimmern gesehen hätten.

Verurteilung im Meußbörffer-Prozess

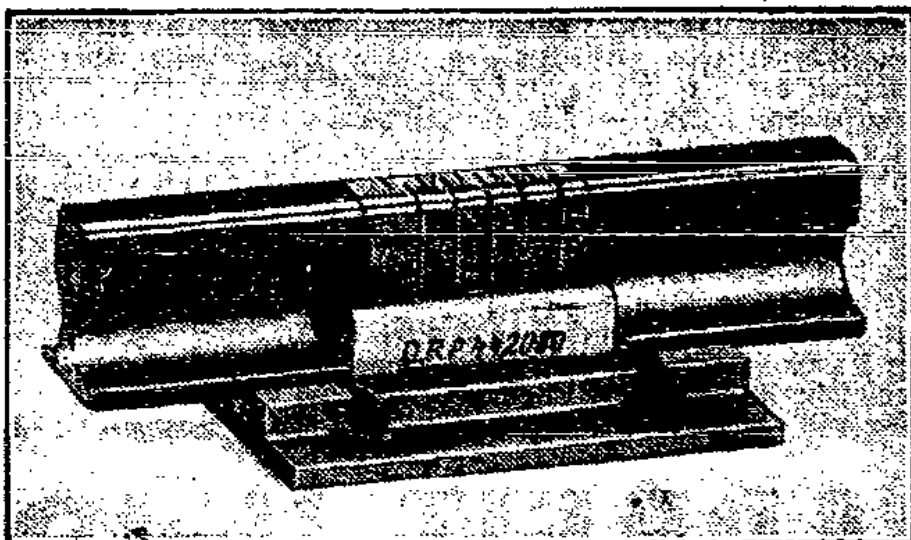
Der Staatsanwalt beantragte am Dienstag im Meußbörffer-Prozess gegen den Angeklagten Schubert wegen Raubes mit Todeserfolg zehn Jahre und gegen Popp wegen des gleichen Verbrechens acht Jahre Zuchthaus. Außerdem forderte er für beide Angeklagten die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren und wegen Gemeingefährlichkeit die Stellung unter Polizeiaufsicht.

Am Dienstag kamen zunächst die Sachverständigen zu Wort. Herr Fischer, der infolge einer Erkrankung in seiner Urteilsvernehmung vernommen worden war, kommt in seinem Gutachten gegen die anderen Sachverständigen zu dem Schluß,

daß Frau Meußbörffer den Erstickungstod infolge Würgens erlitten habe. Der Umstand, daß Frau Meußbörffer noch längere Zeit nach dem Würgen gelebt habe, spreche nicht gegen diese Annahme. Der Sachverständige Dr. Förstel, Arzt der Strafanstalt, beschäftigt sich eingehend mit den geistigen Anlagen des Angeklagten Schubert. Bei der Schilderung von Schuberts Selbstmordversuch weint der Angeklagte unaufhörlich. Dr. Förstel erklärt Schubert für einen gutmütigen Menschen, der sich in hohem Grade von Stimmungen beeinflussen lasse. Im Gefängnis habe sich Schubert auch mit einer bereits seit zehn Jahren gebegten Erfinderei beschäftigt. Er habe versucht, den Traum vom fliegenden Menschen, der an den Armen Flügel habe, die durch einen an der Brust angebrachten Motor betrieben werden, zu verwirklichen. Schubert sei ein Phantast, doch liege bei ihm keine Bewußtseinsstörung vor, die eine Verantwortung für seine Tat ausschließe. Geheimrat Dr. Borst-Münchgen hält einen unmittelbaren Erstickungstod der Frau Meußbörffer nicht für vorliegend. Nach seiner Ansicht ist vielmehr der Tod durch Herzlähmung wahrscheinlich.

In seinem Plädoyer geht Staatsanwalt Dr. Schöhl von der Feststellung aus, daß das Geständnis der beiden Angeklagten einwandfrei, also ein Zweifel an ihrer Täterschaft nicht zulässig sei. Kommerzienrat Meußbörffer sei von dem schweren Verbrechen, in dem er durch eine Verletzung unglückseliger Umstände gekommen sei, restlos gereinigt. Die beiden Angeklagten hätten es auf einen Gelddiebstahl in der Villa Meußbörffer abgesehen, und bei dieser Tat habe ein Mensch seinen Tod gefunden. Das Verbrechen sei von den beiden Angeklagten in Mittäterschaft ausgeführt worden. Bei der Strafverurteilung müsse man Schubert mildernde Umstände wegen seiner psychopathischen Veranlagung zubilligen. Erschwerend fielen allerdings seine vielen Vorstrafen

Stoßfreies Eisenbahnfahren



Die bekannten rhythmischen Stöße, denen jeder fahrende Eisenbahnwagen ausgesetzt ist, werden durch die Zwischenräume zwischen den einzelnen Schienen bedingt. Diese Zwischenräume dienen zum Ausgleich der Längenveränderungen, denen die Schienen bei Temperaturschwankungen unterliegen. Die bisherigen Versuche, dieses notwendige Leibel auf dem Wege besonderer Schienenkonstruktion zu beseitigen, waren vergeblich.

Die im Bilde gezeigte neue Konstruktion eines Berliner Erfinders verspricht Abhilfe: die aneinanderstoßenden Schienenenden werden durch ein Zwischenstück, in das — senkrecht zur Schienenlänge — wechselseitig angeordnete Einschnitte gemacht sind, durch Schweißung mechanisch fest verbunden. Vermöge dieser Einschnitte werden die Längenunterschiede bei Temperaturunterschieden ausgeglichen, während die lückenlose Verbindung ein stoßfreies Fahren verbürgt.

Explosionskatastrophe in England



Eine chemische Fabrik in Castleford bei Leeds (England) ist infolge der Explosion von Benzin- und Glycerintanks restlos in die Luft geflogen. Zahl-

reiche benachbarte Häuser wurden zerstört. Außer dem ungeheuren Sachschaden sind dreizehn Tote und eine Reihe Schwerverletzter zu beklagen.

ins Gewicht. Als Strafmilderungsgrund bei Popp sei die Tatsache heranzuziehen, daß er sich von Schubert habe verführen lassen.

„Separatisten“haß in Trier

Vor dem im Westen von Trier gelegenen Gasthaus Jupp, einem Hause, das früher ein bekanntes Verkehrslokal für Besatzungsangehörige und Separatisten war, sammelte sich eine größere Menschenmenge an, die Miene machte, das Gasthaus zu stürmen. Der Polizei gelang es, zunächst die tobende Menge zurückzuhalten. Als sie sich aber dem Verlangen nach Auslieferung der Familie Jupp widersetzte, wurde sie von der zahlenden Menge einfach überannt. Diese stürmte in das Haus, zerbrach Türen und Fenster, und warf die Möbel teilweise aus dem Fenster in die am Hause vorbeifließende Mosel. Jupp hatte sich mit seiner Familie so verbarrikadiert, daß man nicht an ihn herankommen konnte.

Schlägerei bei einem Polizeiausflug

In einem Sommerlokal in Kauchangsweiler am Jenbacher See kam es zu schweren Schlägereien zwischen einer Schupoabteilung, die eine Dampferfahrt unternommen hatte und einem ebenfalls in dem Lokal sich befindenden Verein, dessen männliche Mitglieder zum Teil in Frauenkleidung erschienen waren, zu dem anscheinend homosexuelle Kreise gehörten.

Nach dem Bericht, den der Leiter des Polizeiausfluges, Major Sanders, einer vorgehenden Behörde gegeben hat, haben sich die Mitglieder des erwähnten Vereins herausfordernd und beleidigend benommen. Der Ortspolizeibeamte alarmierte, um größeren Zusammenstößen vorzubeugen, das Heberfallkommando, das aber nicht eingreifen brauchte, da die Festleitung der Polizeigruppe von sich aus Streitigkeiten verhinderte. Major Sanders ließ das Fest abbrechen. Die Polizeibeamten bestiegen wieder den Dampfer und fuhren ab. Als jedoch drei Beamte, die zurückgeblieben waren, von den Mitgliedern des Vereins angegriffen und niedergeschlagen wurden, kehrte der Dampfer um und die Beamten eilten an Land, um ihren Kameraden zu helfen. Nunmehr entwickelte sich eine heftige Schlägerei. Major Sanders wurde mit Stuhlbeinen und Bierstühlen beworfen, sodaß er blutige Verletzungen im Gesicht erlitt.

Eröffnung der deutschen Zugspitzbahn

Die Zahnradstrecke GIBSEE—Zugspitzplatt der bayrischen Zugspitzbahn ist in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, darunter des bayrischen Ministerpräsidenten feierlich eröffnet worden. Den — in Bayern unvermeidlichen — lästlichen Reihengehen nahm Kardinal Erzbischof von Fuchsberger vor. Um 12.15 Uhr wurde in drei Sonderzügen die Bergfahrt vom Bahnhof GIBSEE zum Schneefernerplatt und zum neuerbauten Schneefernerhaus angetreten, wo bei dem üblichen Frühstück in Neben- und Wechselreden Glückwünsche zu dem festlichen — und hoffentlich profitablen — Ereignis ausgesprochen wurden.

Nordlandfahrt des Zeppelin

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute nacht 12.05 Uhr zu seiner Nordlandfahrt aufgestiegen.

Wegen einer Streichholzschachtel

Zwischen einem 42 Jahre alten Arbeiter und einem bei ihm als Koffergänger wohnenden 65jährigen Invaliden in Wanne-Eickel kam es am Dienstag wegen einer Streichholzschachtel zu einer heftigen Auseinandersetzung.

Der Invalide griff im Verlaufe der Streitigkeit zu einem dolchartigen Messer und brachte dem Arbeiter so schwere Stichverletzungen bei, daß er bald darauf starb; er hinterläßt fünf unversorgte Kinder.

Zuchfabrikbrand in Brünn

In der größten Brünnener Zuchfabrik Paul Neumark brach ein Brand aus, der katastrophale Ausmaße annahm. In ganz kurzer Zeit wurde ein dreistöckiges und ein vierstöckiges Haus von dem Feuer vollständig vernichtet. Der Brand hat bereits auf die benachbarte Zuchfabrik der Brüder Stiasni übergegriffen, deren Dachstuhl bald in Flammen stand. Der Schaden wird auf einige Millionen tschechische Kronen geschätzt.

Geisteskranker ermordet Tochter des Anstaltsarztes

Am Sonnabend nachmittag wurde im Park der Landes-Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskrante der hiesigen Hauptstadt Graz eine entsetzliche Mordtat entdeckt. Die elfjährige Tochter Traute des Anstaltsarztes Dr. Marek wurde hinter einem Gebüsch an der Umfriedungsmauer der Anstalt ermordet aufgefunden. Der Mord war, wie bald darauf festgestellt werden konnte, von dem Pflegling Franz Krenn begangen worden, der die Tat auch eingestanden hat.

Krenn ist 59 Jahre alt und seit dem Jahre 1900 wegen Schwachsinn in der Anstalt. Da er sich immer brav geführt hat, wurde er seit Jahren zu häuslichen Verrichtungen in der Anstalt und bei den Ärzten verwendet. Von Zeit zu Zeit verfiel er in Erregungszustände, von denen sich jedoch schon früher bei ihm Anzeichen bemerkbar machten, die dann den behandelnden Arzt veranlaßten, ihn in Verwahrung zu nehmen. Er gab beim Verhör an, daß er mit dem Mädchen im Garten gesprochen habe und plötzlich von Aufregungszuständen befallen wurde. In diesem Zustand habe er das Mädchen gewürgt und mit einem Messer in den Hals gestochen. Dann habe er das Mädchen in das in der Nähe an der Mauer stehende Gebüsch geschleift und dort mit abgerissenen Zweigen zugebedt. Die Untersuchung des Körpers des Kindes hat ergeben, daß kein Luftmord vorliegt.

2 Ratschläge für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut fette man vor und nach der Beseinnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände, mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhaftes Röthen eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. — Creme Leodor, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Leodor-Edel-Seele 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen elfenbeinartigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 60 Pf. und 1 Mark, Chlorodont-Zahnbürste 1 Mark, Chlorodont-Mundwasser 1 Mark

Ausgesteuerten: Not in Ranth

Eine merkwürdige Verwaltungspraxis — Ausgesteuerte auf „Wartgeld“ — Die Rücksicht des Kreises werden nicht beachtet — Rübenbaden für 6 W. die Wute — Wer ist verantwortlich?

Es ist ein offenes Geheimnis in Kreisen führender Kommunalbeamten, daß die Stadt Ranth nicht den Ruf genießt, die bestverwaltete Gemeinde Preußens zu sein, und wir hatten ja schon anlässlich eines Provinzialratstages Gelegenheit, festzustellen, daß der Ranth'sche Magistratspräsident Bürgermeister Hoppe, beispielsweise über die Technik und Grundzüge der Kassensführung eigenartigen Ansichten huldigt.

Geradezu toll aber ist, was sich derzeit bei der

Verordnung der ausgesteuerten Erwerbslosen

in Ranth abspielt. Gewiß, die Gemeinden sind überlastet und die gegenwärtige Regelung, die alle langfristigen Erwerbslosen einschließt, auf die für ganz andere Gebiete vorgesehene, öffentliche Wohlfahrtspflege abhebt, auf die Dauer nicht haltbar. Aber auf Grund des gegebenen Zustandes müssen die Gemeinden vereint auf Grund der sie verpflichtenden Bestimmungen für die Ausgesteuerten sorgen. Die untere Verwaltungsbehörde, d. h. der Kreisrat, hat sich für die nach der Fürsorgepflicht-Verordnung zu Betreuenden bekanntlich nicht für die im städtischen Gebiet für den Kreis Neumarkt belandeten für Alleinstehende 30 Mark, für ein Ehepaar ohne Kind 26 Mark und für Kinder 20 Prozent der Unterhaltungsfläche Alleinstehender betragen. Das ist wenig genug, denn das Kündelgeld, mit 80 Mark einen Monat lang zu leben, wird einem sicherlich nicht leicht einer jener Herren vorzumachen können, die so gerne über die Erwerbslosen die Nase rümpfen, weil ein günstiges Schicksal sie nicht zu Opfern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden ließ. Werden diese Rücksicht unter- bzw. überschritten, so muß dies natürlich von der betreffenden Gemeinde

begründet werden;

im ersten Falle dem Antragsteller, damit dieser beim Kreisrat, bzw. in zweiter Instanz beim Bezirksrat, Beschwerde einlegen kann, im zweiten Fall dem Kreisrat gegenüber.

In Ranth ist davon natürlich keine Rede. Da schaltet und waltet eine Fürsorgeabteilung, die alle vier Wochen zusammenzutreten gerufen, wenn der Degenerent, Kalsmann Hoffert, Zeit hat. Hat er keine Zeit, dann tritt dieser Ausschuss eben in größeren Zwischenräumen zusammen. Die Wohlfahrtsunterstützung erhalten währenddessen einfach kein Geld; eine ganz vorzügliche Methode, zu Gunsten des Stadtkassiers zu sparen. Herr Hoffert wird trotzdem ruhig schlafen, wenn in dieser oder jener Familie der Vater sein Kind lebenden Tages verhungern sieht. Hat aber der Ausgesteuerte Glück, dann tritt der Ausschuss zusammen und bewilligt. Was er bewilligt und wie, ist schwer zu definieren, dann der eine erhält mit Frau und Kind

2 Mark die Woche,

der andere — glücklichere — 4,75 Mark. Die Frauen werden von Herrn Hoffert zum Rübenbaden vermittelt, wogegen nichts zu sagen wäre, wenn für diese Arbeit nicht unter ungewöhnlicher Ausnutzung der Rasttage der betreffenden ganze sechs Pfennige für die Wute gezahlt würden. Dabei kommen die Frauen auch bei angestrengtester Arbeit kaum auf den Satz der durchschnittlichen Ranth'schen Unterhaltung von 3,75 Mark. Herr Landrat a. D. Wichelhaus aber hat auf diese Weise billige Arbeitskräfte und kein Inspektor, ein ganz praktischer Mann, weiß sich auch Rat, wenn diese Frauen etwa einmal verheiratet sind oder gar kleine Kinder zu versorgen haben. Kleine Kinder kann man keiner Ansicht nach nämlich ebenso gut auf dem Felde stillen und versorgen. Geht es garnicht, so fordert er

die Männer statt der Frauen

auf „zu kommen“. Ein richtiges Slavenverhältnis entsteht hier mit Unterstützung der Stadtverwaltung Ranth.

Die glücklichen Besitzer von 2 Mark Wohlfahrtsunterstützung — wovon wohlgemerkt zwei Personen eine Woche leben sollen — müssen um 110 Uhr antreten, werden aufgerufen und sind dann wieder gnädig entlassen. Zwei Stunden später erhalten sie das Geld. Kommt einer etwa fünf Minuten zu spät, dann wird ihm zur Strafe in der betreffenden Woche garnichts bezahlt. Vergeltliche Viebesmilt, festzustellen, warum es in Ranth nicht etwa so gemacht werden kann, wie anderswo. Es handelt sich ganz einfach um Schikanen, die ungehörig in gleicher Linie liegen mit einem Fall, in dem ein Familienvater einfach 14 Tage lang ohne jede Unterstützung gelassen wird, weil der Ausschuss nicht tagte. Der Bürgermeister wies ihn ab mit dem geradezu klassischen Bemerkung, daß er nicht zuständig, nicht verantwortlich sei. Zuständig ist nur der ehrenamtliche Degenerent, der natürlich ungehalten ist, wenn man ihn in seiner Würde ausüßt, der bei der Stadt nicht oder selten erreicht werden kann. Herr Hoppe hingegen scheint anderweitig immer noch mit der Verwaltung der blühenden Güter beschäftigt zu sein, was ja vor Zeiten eine Rolle in Ranth'scher Stadtparlament spielte.

In dem hier angezogenen Falle sprach der betreffende Erwerbslose doch bei Hoffert vor, wurde aber abgewiesen, erhielt aber, als er kurz darauf nochmals zur Stadtverwaltung kam,

folgendes Schreiben

ausgehändig:

Magistrat der Stadt Ranth. 5. Juli 1930.
Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß die Zahlung von Wohlfahrtsunterstützung an Sie vorläufig abgelehnt wird, bis die Fürsorgeabteilung zu Ihrem Antrag Stellung genommen hat.

Sie werden hierdurch aufgefordert, sich umgehend bei dem Gutsbesitzer J. Döhl in Neudorf zwecks Arbeitsaufnahme zu melden.

H. Hoffert, Oberstadtkretär.

Dieses Schreiben ist in mehr, wie einer Hinsicht bemerkenswert. Es trägt zwar den Namen „H. Hoffert“, ist aber garnicht von ihm, sondern offensichtlich von dem Angehörigen für die Wohlfahrtspflege nicht verantwortlichen Bürgermeister vorgezeichnet. Der fragliche Oberstadtkretär scheint sich nicht darüber klar gewesen zu sein, daß man Briefe des Herrn Hoppe nicht als solche des Herrn Hoffert beglaubigen kann.

Im übrigen war die fragliche Arbeitsaufnahme unfruchtbar, denn der betreffende Gutsbesitzer suchte einen Stallungsmann und nicht einen verheirateten Mann. Nun soll der Ausgesteuerte einfach warten, bis der Fürsorgeausschuss gerufen zu tagen und „Stellung zu nehmen“. Kommt er überhaupt nicht, so verbleibt sich eigentlich alle Probleme der Wohlfahrtsabteilung mit denen der anderen Kommunen ununterschiedlich beladen. Was Herr Hoppe, Bürgermeister, hiergegen einzuwenden hat, wenn ein paar Praxen kopieren oder in ihrer Geländebestimmung aufsuchbar gemacht werden, bis die Zeit nach „etwa“ war, da Herr Hoppe was vom Döhl des Gutsbesitzers, wenn die Charakteristika brachten, dann hat man, vom

verheirateten Mann

im Deutschen Reich. Die Wohlfahrtsunterstützung ist ein Recht, das jedem Bürger zusteht, wenn er sich um Arbeit bemüht und keine Aussicht auf Erfolg hat. Die Stadtverwaltung hat die Pflicht, für die Unterhaltung dieser Bürger zu sorgen. Die Tatsache, dass der Ausschuss nicht tagt, ist ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Der Bürgermeister hat die Verantwortung für die Unterhaltung dieser Bürger zu übernehmen. Die Tatsache, dass der Ausschuss nicht tagt, ist ein Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Der Bürgermeister hat die Verantwortung für die Unterhaltung dieser Bürger zu übernehmen.

um Arbeitsunwillige

handelt, so blieb er den Bemühungen für schuldig. Wir nehmen an, daß der Kreisrat Gelegenheit nehmen wird, sich nach einmal sehr eingehend damit zu beschäftigen, ob die Stadt Ranth gewillt ist, die Rücksicht des Kreises zur Durchführung zu bringen oder ob sie im Dienstaufsichtsweg dazu angehalten werden muß.

Kreisgewerkschaftsfest in Neumarkt

Sonntag, den 18. Juli, feierte der hiesige Ortsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sein diesjähriges Kreisgewerkschaftsfest. Es wird durch einen Fackelzug am Vorabend eingeleitet werden. Sämtliche Gewerkschaftsmitglieder sowie deren Kinder treten Sonnabend, abends 20,30 Uhr, im „Gelben Löwen“ an.

Sonntag, 1,30 Uhr: Auftreten zum Festzug durch die Stadt. Die Reihenfolge der einzelnen Gewerkschaften ist folgende: 1. Tabakarbeiter, 2. Bauarbeiter, 3. Zimmerleute, 4. Metallarbeiter, 5. Gesamtarbeiter, 6. Zentralverband der Angestellten, 7. Landarbeiter, 8. Fabrikarbeiter, 9. Lederarbeiter, 10. Buchdrucker, 11. Holzarbeiter. Daburch, daß in unserem Kreise von industrieller Durchsetzung so gut wie nichts vorhanden ist, war der Boden zur Befestigung des freigewerkschaftlichen Gedankens schon immer ein äußerst schwerer. Kostlose Beteiligung aus allen Orten des Kreises sowie der benachbarten Orte an Festen der Arbeit, sollen Zeugnis ablegen, daß auch die Arbeiterklasse des Neumarkter Kreises den Solidaritätsgedanken der freien Gewerkschaftsbewegung pflegt. Sämtliche Kinder der organisierten Kollegen, welche sich am Festtage beteiligen, erhalten ab 4 Uhr ein Paar warme Würstchen und eine halbe Gemmel. Als Festredner ist Kollege Wonneberger-Breslau gewonnen worden.

Schönheit bei Ranth. Gemeindevertreterwahl.

Bei der Eröffnung der von 10 Gemeindevertretern besuchten Versammlung vernahm man die vorherige Bekanntgabe der Tagesordnung. Für Kleinrentner wurde der Betrag von 188,40 Mk. und für Hilfsbedürftige 12,60 Mark in der Zeit von April bis Juni ausgegeben. Der Gemeindevertreter Hoffbauer macht dem Gemeindevorsteher zum Vorwurf, daß bei der Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung Unregelmäßigkeiten vorgekommen wären. Diese Beschuldigung wird von dem Gemeindevorsteher zurückgewiesen. Die Bekanntgabe über die Zahlung der Grundvermögenssteuer wird ohne Debatte entgegengenommen. Die Gemeinde soll ferner die Bürgerpflicht über eine Hypothek in Höhe von 4000 Mark übernehmen. Die Beschlussfassung wurde vertagt. Genosse König ersucht um Vertagung des Protokolls der letzten Sitzung. — Kantor Feist gibt zur Aufklärung bekannt, daß das Leben von Invaliden in Ranth nicht vernünftig werden darf, da Rentenansprüche schnell verloren gehen können. — Genosse König ist mit der Tätigkeit der Fürsorgekommission nicht einverstanden. Er ersucht die Kommissionsmitglieder darauf zu achten, daß die Arbeiter die Wohlfahrtsunterstützung empfangen und auf Dominialarbeit nach Schönitz geschickt werden, auch eine menschenwürdige

Behandlung erfahren. — In der darauf folgenden Aussprache in die auch Lehmann der Landrat a. D. Wichelhaus einwörtlich wird ihm von Genossen König empfohlen doch beim Sprechen zusehen. W. behauptet zu wissen, wann er (!) aufsteht. Hoffbauer gibt der Verammlung noch bekannt, daß er Behauptung nach wie vor aufrecht erhält. Schleppe die Gemeindevertretung, dafür zu sorgen, daß politische Arbeiter ferngehalten werden, damit die etwelchen Erwerbslosen nicht verdrängt werden. — Der Arbeiterausschuss kann man empfehlen, die Sitzungen recht oft zu besuchen, ein altes Sprichwort sagt, „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.“

Lohe. Aus der Gemeindevertretung. 30. Juni tagte die Gemeindevertretung und erließ für die Gemeinde die Bestände von 1878,86 Mark abschließ, Entlastung. — Weiter ein neues Statut für den Spritzenverband Lohe-Bettler, einmütig. Späth wirkte es, als zu Beginn der Sitzung Bürgerlichen Feige, Kassel und Herfort den Saal mit dem merken, daß es an passender Sitzgelegenheit fehle, vertag.

Sacrau. Sämtliche Genossen und Genossinnen nehmen der Bannerweiche am Sonntag, den 13. Juli, in Sacrau teil. Treffpunkt 13 Uhr bei Mitalwald.

Groß-Mosbier. Arbeiter-Kab. und Fahrerbund. Mittwoch, den 9. Juli, 20 Uhr, bei Gühr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Kab- und Fahrer haben an dieser Versammlung teilzunehmen.

Aus Schlesien

Der Tod unter Tage

Am 25. Geburtstag verunglückt

In der Dienstag-Brüchigkeit wurden auf der Freizeithoffnunggrube in Nieder-Hermsdorf, Kreis Waldenburg, Hauer Piendja und Tschersig durch hereinbrechende Gesteinsmassen verunglückt. Während Piendja lebend, mit einer schweren Verletzung geborgen werden konnte, konnte Tschersig, der grobschultrig begraben hatte, nur noch als Leiche von den Arbeitstumpeln freigelegt werden. Tschersig vollendete an diesem Unglückstage das 25. Lebensjahr.

Ziegenhals. Waldbrand im Mtsvatergebirge. Auf den Besitzungen des Fürsten Dieckhoffen im Mtsvatergebirge entstand wahrscheinlich durch eine weggeworfene Zigarette, Waldbrand, der sich bei der herrschenden Dürre mit großer Schwwindigkeit ausbreitete. Hundert Mann Militär und die Feuerwehr arbeiten an der Bekämpfung des Feuers, das 15 Hektar Wald ergriffen hat. Der brennende Wald verbreitete eine geheure Hitze, so daß zahlreiche Personen ohnmächtig wurden. Der bisher entstandene Schaden wird auf ungefähr drei Millionen tschechische Kronen geschätzt.

Diebstahl. Nehmt Pässe mit über die Grenze! Ein Einwohner liehen sich verleiten, ohne Paß und Grenzpaßkarte die Grenze zu überschreiten und wurden von der tschechoslowakischen Grenzmarke festgenommen. Wegen Paßvergehen wurden dem gleich einige Tage in Haft befallen.

Üben i. Schieß. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Montag geriet der Rangierführer Kammer aus noch ungeklärter Ursache zwischen zwei rangierende Wagen und erlitt schwere Verletzungen.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Der „ununterbrochene Produktionstag“ in Rußland

„Schluß mit der arbeitsfreien Nacht“ — Das „Leben am laufenden Band“

(Von unserem Moskauer Sonderberichterstatter.)

Moskau, Anfang Juli 1930.
Die bisherige Gestaltung der industriellen Produktion in Rußland im laufenden Wirtschaftsjahr 1929/30 hat gezeigt, daß das im Fünfjahresplan der Sowjetwirtschaft vorgesehene Industrialisierungsstempo in diesem Jahr nicht eingehalten werden wird. Die Sorge um die Industrialisierung und um die finanzielle Rückendeckung des Fünfjahresplanes hat die Sowjetregierung bereits zu Beginn des laufenden Wirtschaftsjahres veranlaßt, ihre bisherige Arbeiterpolitik erheblich zu revidieren und mit den Grundzügen der ersten Revolutionsjahre des Sowjetregimes auf diesem Gebiet zu brechen. Auf die Verordnung über die Einführung der „einheitlichen Befehlsgewalt“ in den Sowjetfabriken folgte der Abbau der Arbeitslosenversicherung, auf den Abbau der Arbeitslosenversicherung die Verordnung über die „ununterbrochene Produktionswoche“. Von allen diesen Maßnahmen ist eigentlich nur der Abbau der Arbeitslosenversicherung reiflich durchgeführt worden, während sowohl in bezug auf die „einheitliche Befehlsgewalt“ in den Sowjetfabriken, als auch auf die „ununterbrochene Produktionswoche“ die Ergebnisse sich bisher im Rahmen des Experiments halten.

Der geringe Erfolg der neuen Arbeiterpolitik der Sowjetregierung veranlaßt sie jetzt wieder neue Wege hinsichtlich der Steigerung der Produktion zu suchen. Das Organ des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion, der höchsten Industriebehörde des Sowjetstaates, „Sozialistische Industrie“, formuliert das Problem folgendermaßen: wie kann die Sowjetregierung ohne neue Kapitalinvestitionen in kürzester Zeit das größtmögliche Produktionsergebnis erzielen, welche neuen Methoden können in dem Kampf um die Überwindung der Produktionsverzögerungen eingesetzt werden? Das Blatt beantwortet diese Frage mit der Erklärung, die Lösung dieser Aufgabe bestehe darin, die Maschinen ununterbrochen arbeiten zu lassen. Mit der „arbeitsfreien Nacht“ müsse endgültig Schluß gemacht werden. Die Neuausrüstung der Sowjetindustrie sei noch nicht so weit geblieben, daß man auf eine Ausbreitung der alten Ausrichtungen auf die gegen oder brechen“ verzichten könnte. Der Nacht müsse die größtmögliche Anzahl von Stunden für Zwecke der Produktion abgerungen werden.

Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger als einen 24-Stundenarbeitsstag, d. h. Nachtstunden unter den gleichen Bedingungen wie Tagstunden. In leitenden Sowjetkreisen ist man sich völlig im Klaren darüber, daß die Durchsetzung dieses Vorhabens der sowjetischen Sowjetarbeiterklasse keineswegs als eine Besserung ihrer Lage angesehen werden dürfte. Die Sowjetpresse ergeht daher durch längere Artikel die Arbeiter davor zu warnen, daß der Standpunkt „Nachtarbeit“ sei schädlich und könne nur eine geringe Arbeitsleistung aufweisen, „wählig ertig“ sei. Nacht könne man genau so gut wie am Tage arbeiten. Wenn die Sowjetarbeiter, Arbeiterclubs, Gewerkschaftsbüros usw. auch nachts im Betrieb bleiben würden, so könnten alle Schwierigkeiten überwunden werden. Von der ununterbrochenen Produktion zum 24-Stundenarbeitsstag ist die Rede. Zunächst soll der ununterbrochene Produktionstag in der Eisenindustrie, in der Metallindustrie, in der Baumaterialienindustrie, im Maschinenbau, im Bergbau, im Textilmaschinenbau, in der Leichtindustrie, in der Metallindustrie, in der Automobilindustrie und in der metallurgischen Industrie eingeführt werden. In der Sowjetpresse selbst werden jedoch kritische Stimmen laut, die behaupten, daß die 24-Stunden-Arbeit in den Fabriken, die ununterbrochenen Produktionen, Schwierigkeiten hinweisen, mit denen

die Einführung des „ununterbrochenen Produktionstages“ kämpfen haben würde. „Es wird vor allem bezweifelt, ob die sich schon überaus gespannte Rohstoffversorgung der Sowjetfabriken weiteren Anforderungen auch nur annähernd gewachsen ist.“ Der Mangel an Strom muß zwangsläufig zunehmen, wenn „ununterbrochene Produktionstag“ eingeführt wird. Die Abnutzung der Fabrikanlagen und Ausrüstungen ist ebenfalls eine Schwierigkeit, die nicht unterschätzt werden darf. Es an ausgebildeten technischen Kräften und qualifizierten Arbeitern. Die Frage der notwendigen Reparaturen, die bereits heute in der russischen Industrieleitung sehr hartes Kopfschmerzen verursacht, würde bei einem „ununterbrochenen Produktionstag“ erheblich kompliziert werden.

Offenbar glaubt jedoch die Sowjetregierung diese Schwierigkeiten überwinden zu können. Was die Abnutzung der Anlagen und Anlagen betrifft, so hofft man diese Schwierigkeiten zu beseitigen, daß man die leistungsfähigsten Anlagen auf reibenden Fabriken jedes einzelnen Industriezweiges konzentriert während die mit schlechteren Anlagen versehenen Betriebe geleert werden. Mit welcher Eilfertigkeit an die Bewirkung aller dieser Pläne gegangen wird, zeigt die Tatsache, daß für Ende Juli in Moskau eine Konferenz von Fabrikleitern abgehalten ist, auf der über die bis dahin vorliegenden Erfahrungen in bezug auf die versuchsweise Einführung des „ununterbrochenen Produktionstages“ berichtet werden soll. Auf Grund dieser Berichte will dann die Sowjetregierung ihre weiteren Entscheidungen auf diesem Gebiet abhängig machen.

Neue Verhandlungen bei Nord-We

Essen, 8. Juli. (Eigener Drahtbericht.)
In Essen fanden am Dienstag Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeber-Verband Nordwest und den Gewerkschaften über die in Aussicht genommenen Kündigungen des Arbeitszeitabkommens durch die drei Gewerkschaften und des Lohnaufkommens durch die Arbeitgeber-Gewerkschaften statt. Vor Eintritt in die Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber, daß sie eine gerichtliche Feststellung darüber herbeiführen lassen würden, ob der Deutsche Metallarbeiter-Verband durch sein Unterstützungsverprechen der Abwehr des Arbeitslosenabbaus die Friedenspflicht verletze. Ferner stellten sie fest, daß die christlichen Gewerkschaften bis beiden Abkommen erst gekündigt hätten, nachdem die anderen Kündigungen, vor allem aber die des Arbeitgeber-Verbandes vorlägen.

In den Verhandlungen selbst forderten die Vertreter Deutschen Metallarbeiter-Verbandes die 48 Stunden Arbeitswoche, zumal Nordwest die längste Arbeitszeit im ganzen Reich habe. Die christlichen Gewerkschaften forderten eine Überwindung der Arbeitslosigkeit des Lohnaufkommens und kündigten entsprechende Forderungen an. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband erklärte ebenfalls, entsprechende Forderungen zu stellen. Arbeitgeber teilten mit, daß sie Lohnsenkungen nicht ablehnen könnten. Die Verhandlungen werden am 20. Juli in Essen fortgesetzt.